



Die bayerische Wirtschaft



Bilanz und Positionen 2010/2011

Der Zukunft zugewandt

Bilanz und Positionen 2010/2011

Der Zukunft zugewandt

Der Zukunft zugewandt

Bilanz und Positionen 2010/2011

INHALTSVERZEICHNIS

Gremien	6
Randolf Rodenstock und Bertram Brossardt: Gestärkt aus der Krise - Wachstumschancen nutzen	8
01 Bayerische Wirtschaft: Krise gut gemeistert – gut aufgestellt für die Zukunft	12
02 Finanzmarkt: Stabile Rahmenbedingungen schaffen	15
03 Bildungspolitik: Engagement zeigen und Verantwortung übernehmen	18
04 Arbeitsmarkt: Fachkräftebedarf sichern, Arbeitslosigkeit abbauen	25
05 Personalpolitik: Flexibilität für Unternehmen und Beschäftigte sichern	30
06 Arbeitsrecht: Reformen endlich angehen	34
07 Sozialsysteme: Nachhaltigkeit garantieren	36
08 Steuerpolitik: Wachstum anstoßen, Spielraum für Steuersenkung erarbeiten	40
09 Umwelt- und Klimapolitik: Alleingänge verhindern	42
10 Verkehrspolitik: In Straße und Schiene investieren	44
11 Energiepolitik: Versorgung garantieren	45
12 Technologiepolitik: Für die Zukunft forschen	46
13 Europa: In Brüssel Flagge zeigen	47
14 Neue Märkte: Aus Bayern für die Welt	48
15 Regionen: Sich auf allen Ebenen einbringen	50
16 Kommunikation: Erfolgreich argumentieren	54
17 Aus unserem Kalender / 18 Aus unserer Bibliothek	60
Mitgliedsverbände der vbw	64
Organigramm	68
Impressum	70

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Präsidium

PRÄSIDENT

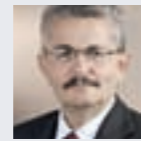


Randolf Rodenstock
Geschäftsführender Gesellschafter
Optische Werke G. Rodenstock
GmbH & Co. KG, München

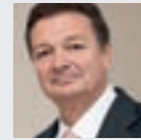
VIZE-PRÄSIDENTEN:



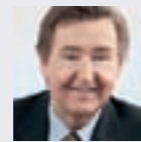
Prof. Thomas Bauer
Vorsitzender des Vorstands
Bauer AG, Schrobenhausen



Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer
vbw – Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V., München



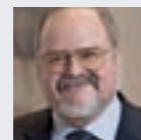
Hartmut Geldmacher
Mitglied des Vorstands
E.ON Energie AG, München



Prof. Günther G. Goth
Vorsitzender des Vorstands
Bildungswerk der Bayerischen
Wirtschaft (bbw) e. V., München



Karl Haeusgen
Sprecher des Vorstands
HAWE Hydraulik SE, München

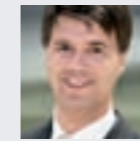


Prof. Dr. Dr. h.c. Anton Kathrein
Persönlich haftender
geschäftsführender Gesellschafter
KATHREIN-Werke KG Antennen-
Electronic, Rosenheim

VIZE-PRÄSIDENTEN:



Dr. Fritz Kempter
Präsident
Verband Freier Berufe in
Bayern e. V., München



Harald Krüger
Mitglied des Vorstands
BMW AG, München



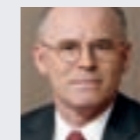
Heinz Laber
Mitglied des Vorstands
UniCredit Bank AG, München



Dr. Karsten Ottenberg
Vorsitzender der Geschäftsführung
Giesecke & Devrient GmbH,
München



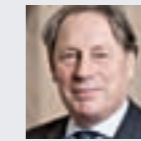
Dr. Christian Heinrich Sandler
Vorstandsvorsitzender
SANDLER AG,
Schwarzenbach a. d. Saale



Dr. Rudolf Staudigl
Vorstandsvorsitzender
Wacker Chemie AG,
München



Konrad Steininger
Präsident
Fachverband Schreinerhandwerk
Bayern, Landesinnungsverband,
München



Gerhard Wöhrl
Mitinhaber
Rudolf Wöhrl AG, Nürnberg

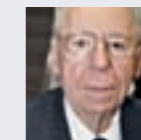
EHRENPRÄSIDENTEN:



Dr.-Ing. E. h. Eberhard v. Kuenheim
Vorsitzender des Kuratoriums
Eberhard von Kuenheim Stiftung,
Stiftung der BMW AG, München



Erich Sennebogen
Geschäftsführender Gesellschafter
Sennebogen Maschinenfabrik GmbH,
Straubing



Senator E. h. Hubert Stärker
Augsburg

Randolf Rodenstock und Bertram Brossardt

Gestärkt aus der Krise – Wachstumschancen nutzen



Seit fast zwei Jahren hat die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise unser Leben und Arbeiten geprägt. Inzwischen ist die konjunkturelle Talfahrt beendet und der Aufholprozess hat begonnen – in Deutschland ebenso wie weltweit.

Rückblickend lässt sich eines feststellen: Die bayerischen Unternehmen und der Wirtschaftsstandort Bayern sind besser durch die Krise gekommen, als von vielen erwartet. Das zeugt von der grundsätzlichen Stärke unserer Betriebe. Es zeugt aber auch von der Umsicht, mit der die Firmen auf die Krise reagiert haben – etwa durch den verantwortungsvollen Einsatz von Kurzarbeit.

Dies hat ein Bewusstsein in den Betrieben geschaffen, dass die Krise nur gemeinsam zu meistern ist. Unsere Unternehmen stehen jetzt mit einer eingespielten Mannschaft in den Startlöchern. Das ist eine gute Nachricht – denn in den Betrieben entscheidet es sich, wie wir die kommenden Wachstumschancen nutzen. Jetzt ist es an der Zeit, den Blick nach vorne zu richten.

Die vbw – eine starke Gemeinschaft in Zeiten der Krise

Wir haben uns in München, Berlin und Brüssel für krisenentschärfende Maßnahmen eingesetzt und Wege aufgezeigt, welche Rahmenbedingungen unsere Wirtschaft auf Wachstumskurs bringen.

- Wir haben auf die Unternehmensteuerreform im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes gedrängt, da sie wichtige, von uns schon lange geforderte Weichen stellt.
- Wir haben uns für die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung bis 2012 eingesetzt.
- Wir werben für eine neue Finanzmarktordnung.
- Wir fordern Maßnahmen, welche die Finanzmärkte wieder ankurbeln und im Kern gesunde Unternehmen bilanziell entlasten, um Investitionsspielräume zu ermöglichen.
- Wir beharren darauf, den kommenden Aufschwung ordnungspolitisch zu gestalten. In der Krise notwendige Konjunkturprogramme sind kein Allheilmittel. Ganz im Gegenteil: Staatliche Eingriffe hebeln den Marktmechanismus aus und beschränken den freien Wettbewerb.

Gestärkt aus der Krise – mit einer starken Industrie Wachstumschancen nutzen

Für unsere Arbeit gilt: Wir werden Themen treiben, die für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in den kommenden Jahren ausschlaggebend sein werden und den Standort Bayern stärken.

Wir wissen - das Herzstück unserer Wirtschaft ist und bleibt der Industrie-Dienstleistungsverbund:

- Industriegüter „made in Germany“ haben uns über Jahre den Titel des Exportweltmeisters beschert. Darauf dürfen wir nicht nur stolz sein. Es ist auch ein Orientierungsmaßstab für die Zukunft. Besonders erfolgreich war die deutsche Industrie im vergangenen Boom in den Schwellenländern, die auch Lokomotive für den zukünftigen Aufschwung sein werden.
- Die Industrie ist Treiber bei Forschung und Entwicklung. Dadurch sorgt die Industrie maßgeblich für die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.
- Industrielle Wertschöpfung findet heute nicht nur im verarbeitenden Gewerbe statt. Umgekehrt erzeugen Industrieunternehmen auch ein hohes Maß an Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich. Dieser Industrie-Dienstleistungsverbund ist die erfolgreiche Antwort deutscher und bayerischer Unternehmen auf den Strukturwandel der letzten Jahrzehnte.

Wir wissen, dass die Nachfrage nach verbrauchernahen Dienstleistungen ebenso wachsen wird wie die nach haushalts- und personennahen Dienstleistungen.

Wir wissen auch, dass in Zukunft die Unternehmen Erfolg haben werden, die auf Innovation setzen, internationalisiert sind und in Netzwerken agieren, die ihnen in zentralen Bereichen ihres Geschäfts Chancen eröffnen. Viele unserer Unternehmen sind dafür gut gerüstet – mit

gesunden Unternehmensstrukturen, mit innovativen Produkten und Dienstleistungen und mit gut ausgebildetem Personal. Jetzt geht es darum, dass sie ihre Potenziale auch optimal ausspielen können.

Dazu benötigen sie die richtigen Rahmenbedingungen in Deutschland und Bayern. Deswegen fordern wir unter anderem

- eine Technologie- und Innovationspolitik aus einem Guss;
- eine stärkere internationale Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik, die nicht nur neue Absatz-, sondern auch Beschaffungsmärkte erschließen hilft;
- mehr Infrastrukturen, die unternehmerische Tätigkeit unterstützen.

Wir fordern jedoch nicht nur, sondern fördern auch selbst Innovationsaktivitäten unserer Mitgliedsunternehmen, bieten unser Know-how und unsere Kontakte bei Fragen der Internationalisierung an und stellen in Veranstaltungen vor Ort Ansätze zu regionalspezifischen Vernetzungsstrategien vor.

Gestärkt aus der Krise – mit einer voll leistungsfähigen Sozialen Marktwirtschaft Wachstumschancen nutzen

Ausgelöst durch die Krise befinden wir uns aktuell in einer neuen Systemdebatte. Bei vielen ist in Vergessenheit geraten, dass die Soziale Marktwirtschaft eine einmalige Erfolgsstory für unser Land ist.

Stattdessen wird das grundsätzliche Verhältnis von Markt und Staat, wie es in der Sozialen Marktwirtschaft gedacht ist, in Frage gestellt. Viele fordern noch mehr Staat und noch weniger Markt.

Doch schon vor der Krise konnte die Soziale Marktwirtschaft in unserem Land nicht ihr volles Potenzial entfalten, da Markt und Wettbewerb in vielen Bereichen stark beschnitten worden waren. Über viele Jahre haben wir uns deswegen mit einem im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Wachstum zufrieden geben müssen.

Mehr denn je müssen wir in der Öffentlichkeit dafür werben, die Soziale Marktwirtschaft zu neuer Leistungskraft zu führen, sie von wachstumshemmendem Ballast

zu befreien. Das gilt insbesondere für die Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung stellt sich diese Aufgabe umso dringlicher.

In einem Sozialstaat gehört es zum Selbstverständnis, dass er seine Bürger gegen bestimmte Lebensrisiken absichert. Diese staatliche Fürsorge darf jedoch nicht die Anreize zur Eigenverantwortung schwächen. Auf Dauer würden sonst die sozialen Sicherungssysteme überfordert werden – bis zum Kollaps.

- Deswegen haben wir mit dem regionalen Gesundheitskombi ein Modell für die Krankenversicherung entwickelt, das nach dem Prinzip „gleiche Beiträge für gleiche Leistungen“ funktioniert. Zudem haben wir Vorschläge für mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem erarbeitet, um auf Dauer eine sehr gute Gesundheitsversorgung mit verantwortbaren Kosten zu sichern.
- Deswegen wollen wir eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung, bei der dem einzelnen Beitragszahler mehr Verantwortung, aber auch mehr Vertragsfreiheit gewährt wird.

Wachstumshemmend wirken sich auch viele Regelungen unseres starren Arbeitsrechtes aus. Ein atmender Arbeitsmarkt und mehr Flexibilität im Arbeitsrecht sind für unsere Betriebe aber in einer globalen Wirtschaft mit hohem Konkurrenz- und Kostendruck Grundvoraussetzung, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes zu sichern und damit Wertschöpfung in Deutschland und in Bayern zu erhalten.

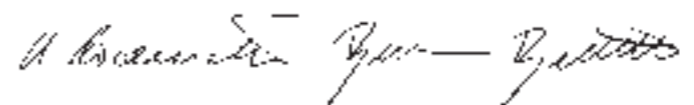
Deswegen fordern wir weniger Regulierung und mehr Flexibilisierung

- im Bereich des Kündigungsschutzes,
- bei befristeten Arbeitsverhältnissen,
- beim Einsatz von Zeitarbeit und
- bei Teilzeitverhältnissen.

Nur auf diesem Wege werden wir mehr Menschen in Arbeit bekommen und ihnen damit selbstverantwortete gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dies ist wahrhaft sozial.

Wahrhaft sozial ist es auch, dem Thema „Bildung“ mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen zu widmen. Denn nur durch gute Bildung werden junge Menschen auf die Herausforderungen der Arbeitswelt von morgen vorbereitet. Bildung endet jedoch nicht bei der Ausbildung. Durch lebenslanges Lernen muss die Leistungsfähigkeit und Flexibilität von Mitarbeitern vor dem Hintergrund sich beschleunigender Wissensprozesse in einer global vernetzten Wirtschaft erhalten und entwickelt werden. Das dient nicht zuletzt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Nur gut qualifizierte Mitarbeiter werden die Kreativität und Leistung abrufen können, die Unternehmen heute benötigen, um sich am Markt halten zu können. Seit der Studie „Bildung neu denken!“ hat die vbw Bausteine für ein Bildungssystem entwickelt, das diesen Herausforderungen gerecht wird und die gesamte Bildungskarriere eines Menschen von der Kinderkrippe und dem Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung durchdenkt.

Wir haben dabei in zahlreichen Initiativen viele Ideen erfolgreich dem Praxistest unterzogen. Wir haben die bayerische Staatsregierung ermutigt, neue Konzepte dauerhaft umzusetzen und in der Fläche zu etablieren. Wir haben uns engagiert, den Bildungsstandort Bayern zu verbessern, um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken und den Lebensstandort Bayern attraktiver zu machen. Dieses Engagement dürfen unsere Mitglieder und unsere Partner in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auch in Zukunft von uns erwarten. Wir werden uns mit all unserer Überzeugung, unserem Know-how und unserer Kraft den vor uns stehenden Aufgaben widmen – zum Wohle unserer Mitglieder, zum Wohle unserer Heimat Bayern und zum Wohle unserer Kinder, die uns heute an unsere Verantwortung für morgen erinnern. Für sie, die künftigen Fach- und Führungskräfte, wollen wir unseren Blick nach vorne richten, um die Zukunft heute zu gewinnen.



Randolf Rodenstock
Präsident

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

Bayerische Wirtschaft

Krise gut gemeistert – gut aufgestellt für die Zukunft

01



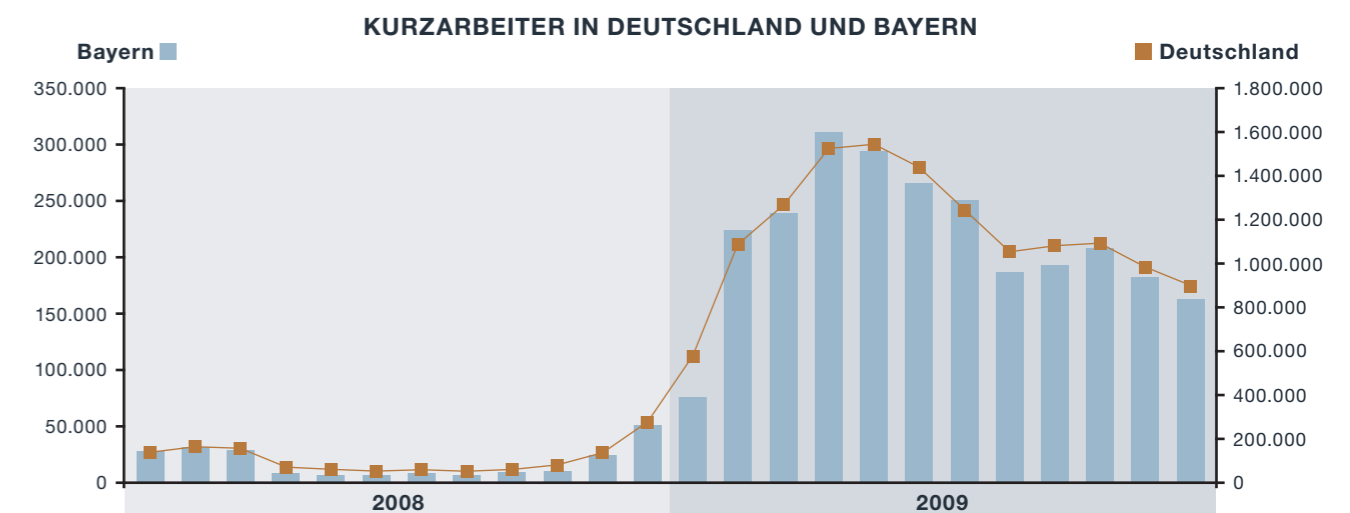
Die bayerische Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2010 erfreulicherweise wieder auf dem Pfad der konjunkturellen Erholung. Nach der mit Abstand tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte in den vergangenen zwei Jahren steigen Auftragseingänge und Produktion von niedrigem Niveau aus wieder an. Immerhin rechnen die Wirtschaftsforscher in den kommenden zwei Jahren mit einem moderaten Wirtschaftswachstum von gut 1,5 Prozent. Die bayerische Wirtschaft wächst aus Sicht der vbw mit zwei Prozent etwas kräftiger. Doch es wird ein langer Weg sein: Nach den vorliegenden Prognosen wird Ende 2011 erst etwas mehr als die Hälfte des vorherigen Einbruchs wettgemacht sein. Hinzu kommt, dass auf den Finanzmärkten noch keine nachhaltige Stabilisierung in Sicht ist.

Der Arbeitsmarkt bleibt stabil

Der Arbeitsmarkt zeigte sich während der Krise erfreulich robust. Dies ist vor allem das Ergebnis der Anstrengungen der Unternehmen zur Beschäftigungssicherung. Um das zu erreichen, wurden Arbeitszeitkonten abgebaut oder sogar ins Minus gefahren, Zeitarbeit reduziert, die natürliche Fluktuation genutzt, Produktivitätseinbußen in Kauf genommen und das Instrument der Kurzarbeit eingesetzt. Allein in Bayern befanden sich zwischenzeitlich über 300.000 Beschäftigte in Kurzarbeit, im Jahresdurchschnitt 2009 waren es 215.000. Bei einer durchschnittlichen Arbeitszeitreduzierung um 30 Prozent wurden so rechnerisch 64.500 Arbeitsplätze gesichert. Für die Jahre 2010 und 2011 wird ein leichter Rückgang der Arbeitslosenquote auf bundesweit knapp acht Prozent erwartet. Bayern kann zur Jahresmitte 2010 die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland vorweisen und wird dauerhaft deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

Die Unternehmen sind gut gerüstet

Die bayerischen Unternehmen haben die Wirtschaftskrise gut gemeistert. Dank der beschäftigungssichernden Maßnahmen haben sie Erfahrung und Know-how in den Betrieben gehalten und können mit einer motivierten Belegschaft den wirtschaftlichen Aufholprozess angehen. Dank eines attraktiven und qualitativ hochwertigen Produktportfolios und einer starken Präsenz auf den Weltmärkten sind unsere Unternehmen gut aufgestellt. Industrie und Exportwirtschaft sind Schwerpunkte der bayerischen Wirtschaft. Deshalb war der Freistaat in besonderer Weise vom weltweiten Nachfrageeinbruch betroffen. Die Krise war eine Krise der Starken mit hohem Exportanteil. Dies zeigt auch der Krisenbetroffenheitsindex, den die vbw im Sommer 2009 erstmals vorgestellt hat, um die regional unterschiedlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich zu machen. Zur Mitte des Jahres 2010 zeigt auch dieser Index für Bayern, dass sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder positiver entwickeln.



Die Kurzarbeit stieg 2009 stark an. Mit ihrer Hilfe gelang es den Unternehmen, viele Arbeitsplätze zu erhalten.

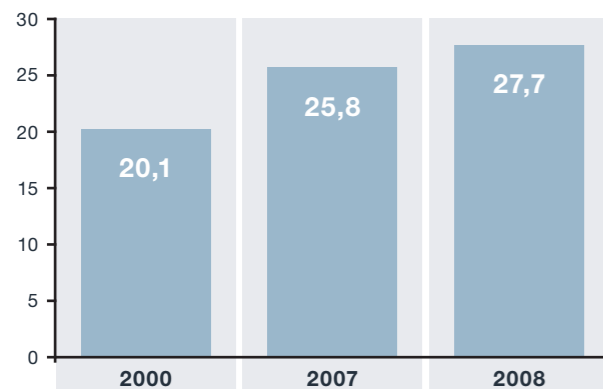
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Industrie und Export sind die Schlüssel zum Erfolg

Industrie und Export werden für die bayerische Wirtschaft gerade auch im Verbund mit unternehmensnahen Dienstleistungen weiterhin der Weg zu Wachstum und Beschäftigung sein. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Impulse für die zaghafte Erholung vor allem von der Außenwirtschaft kommen. Wer wirtschaftlichen Erfolg haben will, muss sich international ausrichten. Die Schwerpunkte werden sich allerdings etwas verschieben. Die Schwellenländer sind der Motor der Weltwirtschaft. Bereits in den zurück liegenden Jahren haben die so genannten Emerging Markets überdurchschnittlich zum bayerischen Exporterfolg beigetragen. Gingen im Jahr 2000 gut 20 Prozent der bayerischen Exporte in die Schwellen-

länder, waren es 2008 schon knapp 28 Prozent. Und im Krisenjahr 2009 waren es die Ausfuhren in die asiatischen Schwellenländer – allen voran nach China –, die einen noch stärkeren Einbruch der bayerischen Exporte verhinderten. Die Emerging Markets kommen schneller und besser aus der Krise als die Industriestaaten. Dies gilt kurzfristig für Asien und Lateinamerika, mittelfristig auch für Mittel- und Osteuropa. Speziell für unsere bayerischen Industrieunternehmen bieten sich auf diesen Märkten große Wachstumspotenziale. Die globalen Trends der Zukunft – Klimawandel, Ressourcenknappheit, Urbanisierung oder Wohlstandsorientierung, um nur einige zu nennen – erfordern Lösungen, die unsere Wirtschaft bieten kann.

ANTEIL DER EMERGING MARKETS AN ALLEN BAYERISCHEN EXPORTEN
in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten des Bayerischen Landesamts für Statistik

Auch Europa profitiert vom deutschen Erfolg

Verschiedentlich wurde Kritik am deutschen Exportmodell geübt. Einige EU-Staaten forderten Deutschland auf, beim Export auf die Bremse zu treten. Doch unsere europäischen Partnerländer haben hier zu kurz gedacht. Der Importanteil und damit der ausländische Wertschöpfungsanteil an unseren Exporten steigt kontinuierlich an – von 31 Prozent im Jahr 1995 über 40 Prozent im Jahr 2000 auf aktuell 44,5 Prozent. Für viele Länder ist Deutschland der wichtigste Absatzmarkt ihrer Produkte. Unsere europäischen Nachbarn profitieren vom deutschen Exporterfolg.

BLICK NACH VORNE

Nach der Krise werden die Unternehmen die globalen Wertschöpfungsketten neu aufstellen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch in Zukunft eine rentable Wertschöpfung in Bayern und Deutschland möglich ist. Die vbw hat industriepolitische Forderungen aufgestellt:

- Für eine Stabilität der Lohnzusatzkosten sorgen
- Den Arbeitsmarkt und das Arbeitsrecht flexibilisieren
- Eine Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen
- Für eine dauerhaft sichere Rohstoffversorgung sorgen
- Für eine breite und leistungsfähige Infrastruktur sorgen
- Durch Bildungsinvestitionen für ein qualifiziertes Arbeitskräfteangebot sorgen

Die entscheidenden Erfolgsfaktoren für Industrieunternehmen sind Internationalisierung und Innovation. Dies muss die Politik unterstützen:

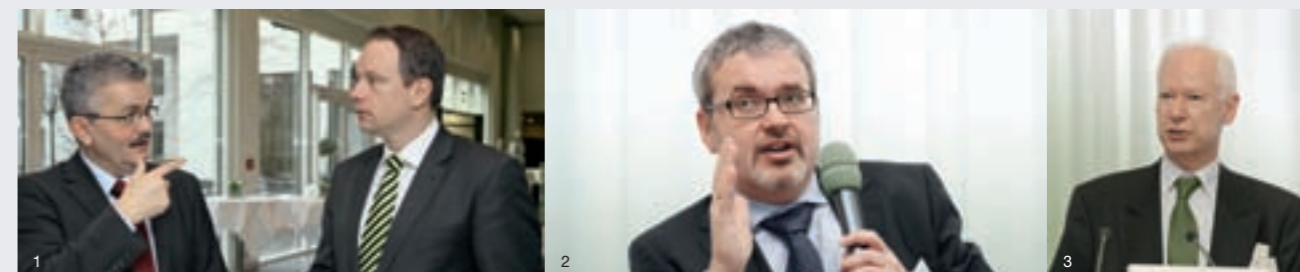
- Für offene Märkte sorgen
- Die Außenwirtschaftspolitik den geografischen Veränderungen anpassen
- Einen effizienten Wissens- und Technologietransfer unterstützen

Finanzmarkt

Stabile Rahmenbedingungen schaffen

Der Ausbruch der Finanzmarktkrise hatte viele Gründe. Bei Banken lagen Fehleinschätzungen im Risikomanagement vor. Investoren haben die bei Banken und Rating-Agenturen wirkenden Mechanismen und Interessenkonflikte falsch eingeschätzt. Aufsichtsbehörden und Zentralbanken haben systemische Risiken aus internationalen Verflechtungen nicht erkannt und die Märkte mit zuviel Liquidität versorgt. Sie ermöglichten den Banken darüber hinaus, die Kreditrisiken über Verbriefungen auszulagern und damit Modellrisiken und Eigenkapitalvorschriften nachrangig zu behandeln.

Die vbw hat zur Reform der Bankenaufsicht Vorschläge ausgearbeitet: Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene müssen Instrumente zur Früherkennung systemischer Risiken eingeführt werden. Der Bankenaufsicht obliegt es, dafür zu sorgen, dass gewonnene Erkenntnisse auch in das Risikomanagement der Banken einfließen. Zur Absorption unerwarteter Verluste haben Banken einen ausreichenden Eigenkapitalpuffer vorzuhalten. Zur Vermeidung prozyklischer Effekte sind die Vorschriften in Bezug auf das Bilden dieses Eigenkapitalpuffers flexibel auszugestalten. In diesem Zusammenhang müssen auch die bislang ungenügenden Kontrollsysteme der Finanzdienstleister verbessert werden.



Kongress „Deutschland hat Zukunft! Leistungsfähige Finanzmärkte – sichere Unternehmensfinanzierung“: vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossard im Gespräch mit Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (Bild 1). Prof. Dr. Christoph Kaserer von der TU München (Bild 2) stellte auf dem Kongress ein von der vbw in Auftrag gegebenes Gutachten zur Finanzmarktreform vor. Der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Franz-Christoph Zeidler (Bild 3), gab eine Lageeinschätzung aus Sicht der Bundesbank ab – München, 18. Januar 2010.

Bankenaufsicht wettbewerbsorientiert reformieren

Ein reformiertes Aufsichtssystem sollte zweistufig sein. Dabei ist zwischen systemrelevanten und nicht systemrelevanten Instituten zu unterscheiden. Erstere müssen einer effektiven und international koordinierten Aufsicht unterworfen werden. In der EU kann dies über die Europäische Bankenaufsichtsbehörde gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken geschehen. Für die betroffenen Institute muss ein zusätzliches Regelwerk ausgestaltet werden, das insbesondere Vorschriften zum Risikomanagement und zur Liquidität enthält. Nicht systemre-

vante Institute können weiterhin durch Zentralbanken und nationale Behörden beaufsichtigt werden. Darüber hinaus bedarf es dringend eines bankspezifischen Insolvenzrechts, das ein Koordinieren von Gläubigern und Restrukturierungen auf internationaler Ebene ermöglicht. Rating-Agenturen und deren Arbeitsergebnisse müssen der Finanzmarktaufsicht unterliegen. Dabei ist dafür zu sorgen, dass die Einschätzungen und Ergebnisse der Agenturen als Arbeitsgrundlage der Aufsichtsorgane valide und verlässlich sind.

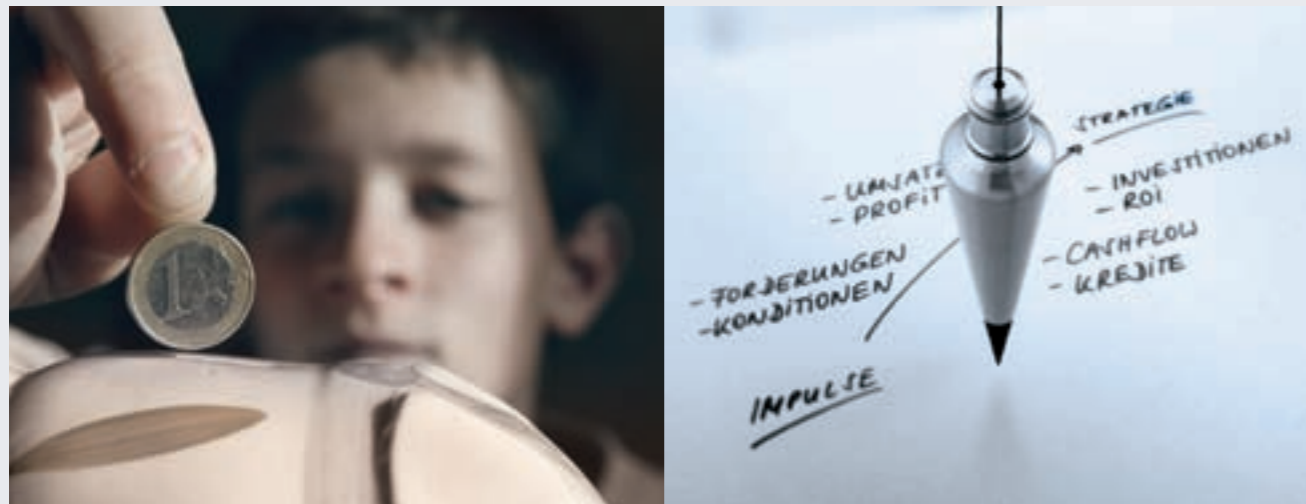
Eigenkapital stärken und Kreditversorgung sicherstellen

Für jeden wirtschaftlichen Aufschwung ist es von elementarer Bedeutung, dass seine Dynamik von entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen flankiert wird. Die erfolgreichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung in der Krise müssen deshalb jetzt in geeignete Strukturen zur dauerhaften Gewährleistung der Kreditversorgung umgestaltet werden. Die Unternehmen benötigen eine sichergestellte Wachstumsfinanzierung.

Die vbw setzt sich deshalb für die Wiederbelebung der Verbriefungsmärkte ein, damit diese ihre Refinanzierungsfunktion für Banken wiedererlangen. Gesetzliche Vorgaben zu Qualitätsanforderungen, Transparenz und

einem Selbstbehalt der ausgebenden Bank können die Kreditvergabemöglichkeit der Banken verbessern. Dies sollte durch die KfW abgesichert werden.

Unternehmen kann geholfen werden, indem ihre Eigenkapitalbasis gestärkt wird. Neben einer Kapitalzuführung von außen in Form von Beteiligungen schlägt die vbw die Einführung einer Option auf Streckung der handelsbilanziellen Abschreibung vor. Hiervon profitieren produzierende Unternehmen, die in den vergangenen Jahren hohe Investitionen getätigt haben, die erst im Zuge des beginnenden Wirtschaftsaufschwungs durch Erlöse refinanziert werden.



BLICK NACH VORNE Finanzmarktordnung

- Wiederbeleben der Verbriefungsmärkte zur Wiederherstellung von Refinanzierungsmöglichkeiten für Banken
- Einführen einer zweistufigen Bankenaufsicht mit lückenloser Erfassung systemischer Risiken
- Schaffen eines bankspezifischen Insolvenzrechtes
- Überprüfen der Arbeitsergebnisse von Ratingagenturen durch die Finanzmarktaufsicht
- Bei allen Regulierungsschritten muss berücksichtigt werden:
 - die Absicherung des Kreditvergabepotenzials der Kreditinstitute
 - die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte
 - die Auswirkung auf die Realwirtschaft

BLICK NACH VORNE Unternehmensfinanzierung

- Verlängern der Laufzeit des Wirtschaftsfonds Deutschland bis Ende 2011
- Angleichen der Haftungsübernahmen im KfW-Sonderprogramm bei Betriebsmitteln und Avalfinanzierungen an diejenigen der Investitionsfinanzierung
- Verbessern der Refinanzierungsmöglichkeiten unabhängiger Leasinggesellschaften im KfW-Sonderprogramm
- Übernehmen eines Teilrisikos bei Globaldarlehen durch die KfW zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation der Banken
- Lösen der Probleme in der Anschlussfinanzierung auslaufender Mezzanin-Finanzierungen über den Bund mit über die KfW gestützten Lösungen
- Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Kreditversicherer zur Finanzierung der zunehmenden Geschäftstätigkeit
- Bilanzielles Entlasten von Unternehmen zur Erleichterung des Zugangs zu Krediten



Bildungspolitik

Engagement zeigen und Verantwortung übernehmen

03



Bildung zählt zu den zentralen Themen der Zukunft. Wir brauchen starke Persönlichkeiten für eine starke Gesellschaft. Es ist in den letzten Jahren bereits viel in Bewegung gekommen. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern zu stärken, muss das Bildungssystem weiter optimiert werden. Die vbw unterstützt und begleitet deshalb im Bildungsbereich viele Initiativen, Angebote und Entwicklungen. Die Initiative Aktionsrat Bildung konzentriert sich schwerpunktmäßig darauf, die politisch Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, auf die öffentliche Berichterstattung und die Sensibilisierung unserer Gesellschaft. Darüber hinaus engagiert sich die vbw in der Entwicklung zahlreicher Modelle und Angebote in den Bereichen Vorschul- und Schulsystem, Ausbildung, Weiterbildung und Hochschule.



Jahresgutachten 2009
„Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem“.



Jahresgutachten 2010 „Bildungsautonomie:
Zwischen Regulierung und Eigenverantwortung“.

AKTIONSRAT BILDUNG: DIE POLITIK IN DIE PFLICHT NEHMEN

Im Jahr 2005 hat die vbw den Aktionsrat Bildung initiiert. Er veröffentlicht jährlich Gutachten zu bildungspolitischen Brennpunktthemen und gibt der Politik konkrete Handlungsempfehlungen.

Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem. In seinem Jahresgutachten 2009 „Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem“ widmet sich der Aktionsrat Bildung erstmals einem lange vernachlässigten Aspekt in der Pädagogik und zeigt auf, dass in wesentlichen Bildungsphasen durchaus von einer Benachteiligung der Jungen, nicht der Mädchen gesprochen werden kann. Sie beginnt bereits in

der Vorschule und zieht sich nahezu konsequent durch den gesamten frühen Schulbereich. So ist dann oft auch der Weg in die Berufsausbildung für die Jungen erschwert: Durch fehlende Schulabschlüsse starten sie nur verzögert oder gar nicht in die Ausbildung. Von allen Schulabgängern ohne Abschluss sind 62 Prozent Jungen.

Der Aktionsrat Bildung fordert daher, dass das pädagogische Personal in seiner Gender-Kompetenz obligatorisch geschult wird. Insbesondere das frühpädagogische Personal muss in seiner Bedeutung anerkannt und besser entlohnt werden. Der Unterricht sollte geschlechtsspezifische Interessen berücksichtigen und Stereotypenbildung entgegenwirken. Und bei der Berufswahl sollten Eltern ihre Kinder entsprechend begleiten.



Jungen sind die Verlierer des Bildungssystems. Dies ist das Ergebnis des Jahresgutachtens 2009 des Aktionsrats Bildung, das das Aktionsrats-Mitglied Prof. Dr. Manfred Prenzel vorstellte – München, 12. März 2009.

vbw-Präsident Randolf Rodenstock und der Vorsitzende des Aktionsrats Bildung, Prof. Dr. Dieter Lenzen, überreichten den Medienpreis 2008 des Aktionsrats Bildung an Jochen Leffers von Spiegel online für engagierte Berichterstattung zu Bildungsthemen.

Jahresgutachten zur Bildungsautonomie

Die schon seit Jahren diskutierte Forderung nach mehr Eigenständigkeit von Bildungsinstitutionen hat durch internationale Vergleichsuntersuchungen neue Impulse erhalten. Eine zufriedenstellende Umsetzung in allen Bildungsbereichen blieb bisher jedoch aus. Am 17. März 2010 stellte der Aktionsrat Bildung im hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft sein Jahresgutachten 2010 „Bildungsautonomie: Zwischen Regulierung und Eigenverantwortung“ der Öffentlichkeit vor – und stieß damit auch bei der Presse auf großes Echo.

Das Gutachten analysiert die einzelnen Bildungsinstitutionen im Hinblick auf ihr Autonomiemaß und formuliert den Bedarf an Regulierung und Deregulierung in den unterschiedlichen Bildungsphasen. Ziel ist eine größtmögliche Selbstständigkeit für jede Bildungseinrichtung, um schnell und direkt vor Ort auf Herausforderungen reagieren und auf diese Weise ein hohes Bildungsniveau für alle gewährleisten zu können.



Podiumsdiskussion „Bessere Bildung durch mehr Eigenverantwortung?“ – von links: vbw-Präsident Randolf Rodenstock, Anni Schulz-Krause (Schulleiterin des Schiller-Gymnasiums, Köln), Jürgen Schleifer (Moderation), Dr. Ludwig Spaenle (Präsident der Kultusministerkonferenz, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus), Prof. Dr. Wilfried Bos (Mitglied des Aktionsrats Bildung), Heinz-Peter Meidinger (Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands e. V.).

Der Aktionsrat Bildung verlieh den Medienpreis 2009 an BR-alpha, vertreten durch Werner Reuß, Programmbeauftragter BR-alpha – München, 17. März 2010.

Der Aktionsratsvorsitzende, Professor Dr. Dieter Lenzen, sprach zum Thema „Bildungsautonomie: Zwischen Regulierung und Eigenverantwortung - die Bundesländer im Vergleich“.

VORSCHULE UND SCHULE: KEIN TALENT DARF VERLOREN GEHEN

Wer in der globalisierten Welt an der Spitze bleiben will, muss sämtliche Bildungsreserven ausschöpfen. Unser Bildungssystem weist jedoch nach wie vor Schwachpunkte auf. Kinder werden nicht ausreichend gefördert, wertvolle Chancen dadurch vergeben. Bausteine eines zukunftsweisenden Bildungssystems liefern die vielfältigen und innovativen Projekte der Stiftung Bildungspakt Bayern, in der sich die vbw stark engagiert.

KiDZ: Individuelle Förderung im Kindergarten

Ziel des im Sommer 2009 abgeschlossenen Modellprojekts „KiDZ – Kindergarten der Zukunft“ war eine frühe, individuelle Förderung von drei- bis sechsjährigen Kindern, die an die persönlichen Erfahrungen und Begabungen des einzelnen Kindes anknüpft. Durch eine enge Kooperation von Erzieherinnen und Grundschullehrkräften wurden die Bildungsbereiche Kindergarten und Grundschule zusammengeführt und den Kindern der Übertritt erleichtert.

Die Abschlussevaluation zeigte so unter anderem, dass KiDZ-Kinder zu Schulbeginn deutlich höhere Werte in schulnahen Kompetenzen aufweisen und dass besonders Kinder aus bildungsfernen Familien enorme Lernfortschritte erzielten.

MODUS 21 und MODUS F: Mehr Eigenverantwortung für die Schulen

Die Projekte MODUS 21 und MODUS F verfolgen das Ziel, an unseren Schulen zeitgemäße Führungsmodelle zu erproben und weiterzuentwickeln.

MODUS 21 (Modell Unternehmen Schule im 21. Jahrhundert) ermutigt Schulen, unternehmerisches Denken zu entwickeln und mehr Verantwortung zu übernehmen. 44 Schulen verschiedener Schularten haben erprobt, wie viel Eigenverantwortung die Anliegen der inneren Schulentwicklung am effizientesten fördert. 66 positiv bewertete Modus-Maßnahmen wurden vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf alle bayerischen Schulen übertragen. Sie haben Eingang in die Schulordnungen der jeweiligen Schulen gefunden.

Mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit von Schulen hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Führungsstrukturen in Schulen und auf die Rolle der Schulleiter. Sie werden in Zukunft verstärkt Managementaufgaben übernehmen. Innerhalb von MODUS F (MODUS Führung) haben 51 teilnehmende Schulleiter die Aufgabe, Führungsmodelle zu entwickeln, zu erproben und zu evaluieren. Analog zu MODUS 21 sollen positiv bewertete Ergebnisse in die Schulpraxis aller Schulen einfließen.



Dr. Ludwig Spaenle, Bayerischer Kultusminister, und Bertram Brossardt besuchten am 27. August 2009 das vbw-Projekt „Lehrer in der Wirtschaft“, bei dem Gymnasiallehrkräfte für ein Jahr in ein Unternehmen gehen. Das Bild zeigt beide mit zwei Lehrerinnen, die im Rahmen des Projekts bei den Lechwerken Augsburg beschäftigt waren.

Stiftung Bildungspakt Bayern: Individuelle Förderung beim Schuleintritt

Das neueste Projekt der Stiftung Bildungspakt Bayern, das 2010 startet und bis 2013 laufen wird, organisiert die bisherigen ersten beiden Jahrgangsstufen der bayerischen Grundschule in einer flexiblen Eingangsstufe. Diese können Schüler entsprechend ihrer Begabung, ihrer Entwicklung und ihrer Vorbildung in einem, zwei oder drei

Jahren durchlaufen. Durch dieses Projekt wird die individuelle Lernausgangslage jedes einzelnen Kindes noch stärker berücksichtigt als bisher. Das erste schulische Angebot wird so optimal an die individuelle Entwicklung angepasst. Mit Beginn des Schuljahrs 2010/2011 wird es an 20 ausgewählten Modellschulen in Bayern umgesetzt.



MEHR EXZELLENZ AN BAYERISCHEN HOCHSCHULEN

Hochschulpolitik ist Standortpolitik. Die bayerische Wirtschaft braucht hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Sie sind die Basis für Innovationen und damit für den Erfolg bayerischer Unternehmen.

Das bayerische Hochschulsystem steht vor großen Herausforderungen. Ein Beispiel dafür ist die Exzellenzinitiative, mit der die Bundesregierung Spitzenforschung an deutschen Hochschulen fördert. Hier haben sich die bayerischen Hochschulen erfolgreich positioniert. Dennoch liegt Bayern mit 199 Millionen Euro an erhaltenen Mitteln klar hinter Baden-Württemberg mit knapp 302 Millionen. Um die Hochschulen wettbewerbsfähig für die Zukunft zu gestalten, hat die vbw die Studie „Mehr Exzellenz an bayerischen Hochschulen: Herausforderungen und Handlungsempfehlungen“ in Auftrag gegeben. Die Studie wurde von CHE Consult erarbeitet und beinhaltet eine umfassende Analyse sowie 49 Handlungsempfehlungen

für Lehre und Forschung. Die Studie wurde in einem Pressegespräch am 14. Dezember 2009 an Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch übergeben. Dies war der Auftakt für einen breiten Diskussionsprozess, der unter anderem auch durch Gespräche mit Hochschulpolitikern und mit einer Tagung im Juli 2010 weitergeführt wird.

MINT-Absolventen. Die vbw zieht eine positive Zwischenbilanz aus dem Gesamtprojekt „Wege zu mehr MINT-Absolventen“. Zehn vielversprechende Projekte an bayerischen Hochschulen erproben seit Sommer 2008 neue Wege, um die Zahl der Studienabbrecher in den MINT-Fächern nachhaltig zu senken. Erste „Lerneffekte“ an den Hochschulen stellen sich ein, das hat der im November 2009 vorgelegte Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung durch das IHF – Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung ergeben.

Ziel der vbw ist es, die Erfahrungen, die wir in dem Projekt sammeln, so schnell wie möglich einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Darum wird zum Ende der Projektlaufzeit auch ein „Best-Practice-Handbuch“ erscheinen.

Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch hat bereits angekündigt, die Ergebnisse aus dem Projekt aufgreifen zu wollen.

Studienkompass. Schüler aus Familien ohne akademische Vorbildung studieren fast viermal weniger als ihre Altersgenossen aus Akademiker-Familien. Der Studienkompass motiviert junge Menschen, deren Eltern selbst nicht studiert haben, zur Aufnahme eines Studiums und begleitet sie in ihrem ersten Jahr an der Hochschule. Die vbw hat das Förderprogramm, das von der Accenture-Stiftung, der Deutsche Bank Stiftung und der Stiftung der Deutschen Wirtschaft initiiert wurde, nach Bayern geholt und unterstützt seit Oktober 2009 27 Teilnehmer in Regensburg. Im Herbst 2010 werden 25 weitere junge Menschen dazukommen und bis 2012 gefördert. Die Ausweitung des Projekts auf alle bayerischen Regierungsbezirke startet ebenfalls im Herbst 2010.



Studienkompass-Aufnahmeveranstaltung – Regensburg, 13. Oktober 2009.

AUSBILDUNG – QUELLE FÜR DEN FACHKRÄFTENACHWUCHS

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation kann eine positive Ausbildungsbilanz für die Jahre 2008/2009 gezogen werden. Die Wirtschaftskrise beeinflusste den Ausbildungsmarkt nicht in dem hohen Maße wie befürchtet. Die rückläufige Zahl der Bewerber wirkt zudem entlastend. Für 2010 rechnet die vbw mit einem stabilen Ausbildungsmarkt. Aufgrund der weiter zurückgehenden Zahl der zur Verfügung stehenden Bewerber (auch 2010 werden wieder zwischen 5.000 und 10.000 Bewerber weniger nach einem Ausbildungsplatz suchen) und dem zu erwartenden Niveau an zur Verfügung stehenden Plätzen gilt für 2010 wie schon für 2009, dass weiterhin jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Platz angeboten werden kann. Auch in den vergangenen Jahren wurden in Bayern zahlreiche neue Projekte initiiert, die die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung unterstützen. Über eine gezielte Information und Beratung wollen diese Projekte eine Minimierung der Zahl der Ausbildungsabbrüche (etwa 20 Prozent der Ausbildungsverhältnisse) erreichen.

Ausbildungsoffensive Bayern

Eine bessere Berufswahlvorbereitung kann hier zur Problemlösung beitragen. Beispielsweise die Ausbildungsoffensive Bayern, die zielgruppenspezifisch Jugendliche anspricht und ihnen Information und aktuelle Neuigkeiten rund um das Thema Ausbildung anbietet. Im Rahmen der Ausbildungsoffensive Bayern wird zudem ein Berufseignungstest angeboten, bei dem Jugendliche ihre Fähigkeiten und Eignungen testen können. Allein im Jahr 2009 haben knapp 11.000 junge Menschen den Test komplett durchgeführt.



Logo der Ausbildungsoffensive Bayern.

Neue Berufe. Um die duale Ausbildung in Deutschland flexibler, transparenter und durchlässiger zu gestalten, hat die vbw die Einführung einer nur zweijährigen Ausbildung zum Industrieelektriker mit auf den Weg gebracht. Diese Ausbildung ist erfolgreich angelaufen und wird kontinuierlich begleitet und evaluiert.

WEITERBILDUNG – EINE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Investitionen in die berufliche Weiterbildung sind die Basis für die Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Zukünftige Herausforderungen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Politik sowie entsprechende Handlungsempfehlungen hat die vbw in dem Positionspapier „Berufliche Weiterbildung – mehr Eigenverantwortung für mehr Weiterbildung“ publiziert. Ausführlich werden wichtige Einflussfaktoren auf die Weiterbildungsteilnahme dargestellt. Mit diesem Papier konnte die bayerische Wirtschaft einmal mehr zeigen, dass ein bayerisches Weiterbildungsgesetz unnötig ist und die Betriebe nur belasten würde.



Titelbild der Handreichung zur Einführung des neuen Elektroberufs Industrieelektriker/Industrieelektrikerin.



Chance Teilqualifizierung

Die vbw unterstützt auch das Projekt „Chance Teilqualifizierung“, das sich an an- und ungelernete Arbeitnehmer richtet. Bei der Teilqualifizierung werden bekannte Ausbildungsberufe zum Facharbeiter in mehrere Module aufgliedert. Jedes Modul ist in sich geschlossen und ergibt eine Teilqualifizierung. Diese wird mit einer Fachkraftprüfung vor dem Prüfungsausschuss und einem Zertifikat beendet. Somit können neue Arbeitsplätze unterhalb der Facharbeiterebene besetzt werden. Seit 2009 wurden von rund 200 Firmen rund 2.400 Teilqualifizierungen durchgeführt. Im Jahr 2010 wird hierzu weiteres Werbematerial erscheinen, damit dieser Form der Qualifizierung noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Arbeitsmarkt

04

Fachkräftebedarf sichern, Arbeitslosigkeit abbauen

Eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft Deutschlands und Bayerns ist ein flexibler Arbeitsmarkt – gerade angesichts des fortschreitenden technologischen Wandels und der Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft. Schon heute zeigt sich vielfach eine scheinbar paradoxe Situation: Trotz einer nach wie vor hohen Zahl an Arbeitslosen gelingt es oft nicht, offene Stellen schnell und passgenau zu besetzen. Dieses Ungleichgewicht hat seine Ursachen vor allem darin, dass Arbeitssuchende in vielen Fällen nicht über die von den Unternehmen nachgefragten Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen. Auch die regionale Mobilität spielt eine wichtige Rolle. Mit zunehmender wirtschaftlicher Dynamik wird dieser Mismatch stärker zu Tage treten. Es gilt, mehr Beschäftigungschancen zu eröffnen und mehr Anreize zu setzen, sich für den Arbeitsmarkt fit zu halten und angebotene Stellen anzunehmen.

ARBEITSLANDSCHAFT 2030

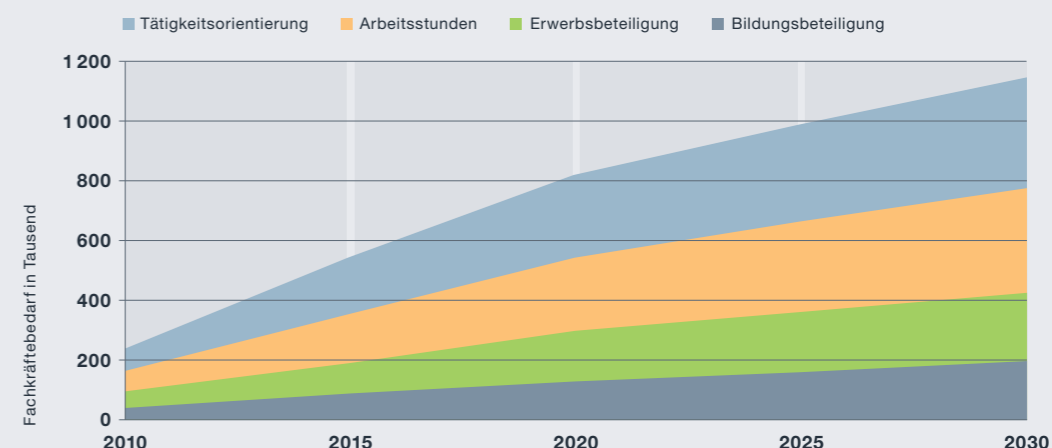
Die Studie „Arbeitslandschaft 2030“ der vbw zeigt sehr deutlich, dass Deutschland auf einen massiven Mangel an Arbeitskräften zusteuert. Zu Beginn des Jahres 2010 ist die aktualisierte Studie erschienen, die auch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise berücksichtigt. Allein in Bayern werden im Jahr 2015 rund eine halbe Million Arbeitskräfte fehlen, 2030 1,1 Millionen. Bis zum Jahr 2030 entsteht bundesweit eine Arbeitskräftelücke von 5,2 Millionen. Ein Mangel, der kumuliert einen Wohlstandsverlust von etwa 3,8 Billionen Euro bedeutet. Die Zahlen zeigen deutlich: Der prognostizierte Arbeitskräftemangel ist kein konjunkturelles Problem, sondern eine strukturelle Herausforderung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Die Studie „Arbeitslandschaft 2030“ soll sensibilisieren, informieren und Mut machen, Reformen gezielt anzugehen:

- für eine bessere Bildung
- für berufliche Bildung, die sich am Arbeitsmarkt orientiert
- für berufliche Bildung, die Fortbildung als festen Bestandteil hat
- für eine Aktivierung möglichst aller Erwachsener für den Arbeitsmarkt
- für längere Arbeitszeiten
- für eine gezielte Zuwanderungspolitik für Qualifizierte

Die Studie vermittelt wesentliche Erkenntnisse, an welchen Stellschrauben wie stark gedreht werden kann und muss, um ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem deutschen und dem bayerischen Arbeitsmarkt herzustellen. Das Wissen, wie viele Mitarbeiter, mit welchen Qualifikationen und Fertigkeiten, in welchen Branchen in fünf, zehn oder 20 Jahren gesucht werden und wie viele Arbeitskräfte mit welchen Merkmalen dann zur Verfügung stehen, mündet in umfassende Handlungsoptionen für Regierung, Wirtschaft und Arbeitskräfte.

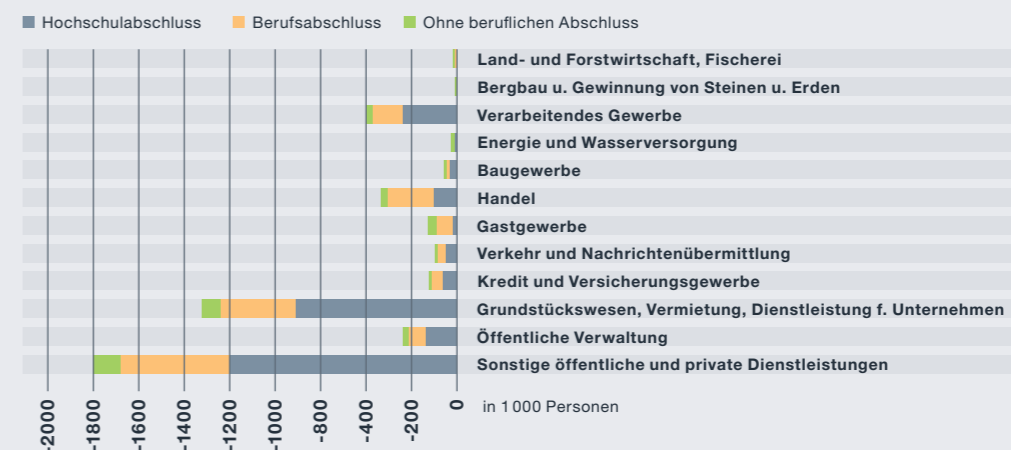
ARBEITSKRÄFTEBEDARF BIS 2030 in Bayern



Quelle: Studie Arbeitslandschaft 2030 – Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, Bayern

Schon 2015 werden in Deutschland drei Millionen Arbeitskräfte fehlen, in Bayern eine halbe Million. Bis 2030 wird sich die Arbeitskräftelücke nochmals fast verdoppeln. Die Fachkräftelücke könnte abgebaut werden durch eine stärkere Tätigkeitsorientierung, eine Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeit sowie eine höhere Erwerbs- und Bildungsbeteiligung.

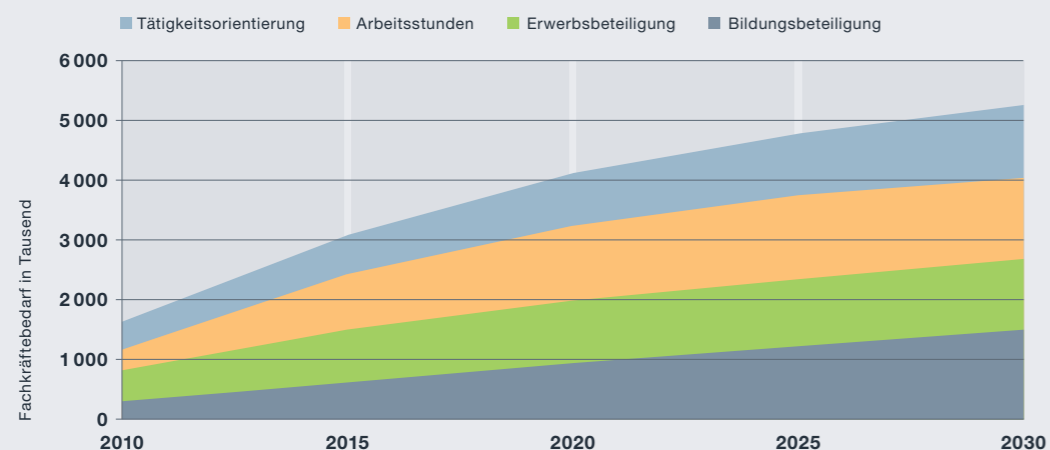
ARBEITSKRÄFTESALDO nach Branchen und Qualifikationen, 2030



Quelle: Studie Arbeitslandschaft 2030 – Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, Deutschland

Vor allem Arbeitskräfte mit Berufsausbildung oder Hochschulabschluss werden rar. Bedarf besteht vor allem bei Dienstleistungen, im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe.

ARBEITSKRÄFTEBEDARF BIS 2030 in Deutschland



Quelle: Studie Arbeitslandschaft 2030 – Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, Deutschland

HARTZ IV: SCHLÜSSEL ZUR BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Mit dem Arbeitslosengeld II (ALG II) werden Erwerbsfähige unterstützt, die ihre Existenz und die ihrer Familie nicht aus eigener Kraft sichern können. Die bayerische Wirtschaft hat von Anfang an gefordert, das Arbeitslosengeld II konsequent im Sinne von „Fordern und Fördern“ auf die Beschäftigungsaufnahme am ersten Arbeitsmarkt auszurichten. Das gilt vor allem für Menschen, die schon lange nicht mehr oder noch nie beschäftigt waren.

Fürsorgesystem

Das Bundesverfassungsgericht hat im Frühjahr 2010 die Regelsätze für Kinder in Hartz IV-Familien für verfassungswidrig erklärt. Ausdrücklich wurde aber nicht die Höhe, sondern das Ermittlungsverfahren kritisiert, mit dem die Bedarfe für Kinder festgelegt werden. Die vbw hat sehr deutlich gemacht, dass eine pauschale Erhöhung der Familienleistung nicht zielführend wäre. Richtig und notwendig ist aber, Kinder aus einkommensschwachen Familien stärker zu fördern und zu unterstützen. Mehr gesellschaftliche Teilhabe liegt vor allem in besseren Bildungs- und Aufstiegschancen.

Hilfeleistung überwinden

Es darf nicht länger attraktiv bleiben, sich mit einem kleinen Hinzuverdienst im Leistungsbezug einzurichten. Oberstes Ziel – zum Nutzen des Einzelnen und der Solidargemeinschaft – muss die möglichst schnelle und weitgehende Überwindung der Hilfebedürftigkeit sein. Mehr Anreize, eine Vollzeitbeschäftigung anzunehmen und von der Fürsorge unabhängig zu werden, liefert die Anpassung der derzeitigen Freibetragsregelung an das Modell des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW Köln):

- von den ersten 200 Euro bleibt ein Freibetrag von 20 Euro statt bislang 100 Euro,
- ab 200 Euro bis 1.000 Euro bleibt ein Freibetrag von 40 Prozent.

Bessere Verwaltungsstrukturen

Um Langzeitarbeitslosigkeit zu überwinden, ist zudem ein enges Ineinandergreifen von jugend-, sozial-, familien- und bildungspolitischen Maßnahmen mit arbeitsmarktpolitischer Förderung dringend notwendig. Hier sind in erster Linie die Kommunen gefragt. Die mit einer Verfassungsänderung verbundene Neuregelung der Verwaltungsstrukturen zwischen Arbeitsagenturen und kommunalen Trägern im Frühjahr 2010 zeigt Licht und Schatten: Positiv ist, dass mit einer Erweiterung der Zahl der Optionskommunen auf 110 mehr kommunale Träger die Verantwortung selbst übernehmen können. Richtig ist auch, dass ein systematisches Benchmarking zur Erfolgsmessung vorgesehen ist. Insgesamt bleibt die Mischverwaltung zwischen den Trägern mit einem hohen Maß an komplexem Schnittstellenmanagement und bürokratischem Aufwand aber erhalten.



MINDESTLOHN: GEFAHR FÜR DEN ARBEITSMARKT

Die Diskussion um die Einführung gesetzlich verordneter Mindestlöhne reißt nicht ab. Dabei ist längst klar: Mindestlöhne stehen besseren Arbeitsmarktperspektiven für Menschen, die schon längere Zeit arbeitslos oder nur gering qualifiziert sind, diametral entgegen. Die Produktivität in geringer qualifizierten Tätigkeiten lässt nur eine entsprechende niedrigere Entlohnung zu. Mindestlöhne erhöhen aber gerade die Arbeitskosten. Die Konsequenz: Arbeitsplätze in dem Bereich werden durch Maschinen ersetzt, wandern ins Ausland ab oder werden in die Schwarzarbeit verlagert. Mindestlöhne führen zur sozialen Ausgrenzung gering Qualifizierter und Arbeitsloser.

Die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen muss zudem im Rahmen der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie in erster Linie den Tarifvertragsparteien überlassen bleiben. Staatlich verordnete Mindestlöhne über das Arbeitnehmerentendengesetz müssen die Ausnahme bleiben. Missbräuchliche Anwendungen dieses Gesetzes, die gar nichts mit Entsendeproblemen zu tun haben, wie zum Beispiel beim Postmindestlohn, müssen künftig unterbleiben. Die Aufnahme weiterer Branchen wie beispielsweise der Zeitarbeit kann nur in Betracht kommen, wenn soziale Verwerfungen durch aus dem Ausland entsandte Arbeitnehmer nachgewiesen sind.

Personalpolitik

Flexibilität für Unternehmen und Beschäftigte sichern

05



Unternehmen sind mehr denn je darauf angewiesen, flexibel auf die Wirtschaftslage reagieren zu können. Gleichzeitig suchen die Mitarbeiter ihrerseits Flexibilität für die Gestaltung ihrer Erwerbsbiografie, um den Anforderungen in unterschiedlichen Lebensphasen gerecht werden zu können.

Flexible Beschäftigungsformen und eine demografiefeste Qualifizierung, Talent-Management, der bewusste Umgang mit Vielfalt oder die zunehmende Orientierung an Lebensphasen bieten Antworten auf vielfältige Fragestellungen in der modernen Personalpolitik. Altersgemischte Teams, Erfahrungswissenstransfer, Lebensarbeitszeit-Konten oder Maßnahmen der Gesunderhaltung sind fester Bestandteil betrieblicher Personalpolitik großer wie kleiner Unternehmen. Viele Unternehmen überzeugen mit innovativen personalpolitischen Konzepten. Diesen Vorsprung gilt es durch verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen zu befördern. Allen Versuchen, flexible Beschäftigungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt zu beschränken, erteilt die vbw eine klare Absage.

FLEXIBILITÄT SCHAFFT WOHLSTAND

Das Anwachsen flexibler Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit, Teilzeit, befristete oder geringfügige Beschäftigung ist sowohl Ausdruck des Strukturwandels als auch Ergebnis politischer Reformen wie der „Hartz-Gesetze“. Diese Entwicklung ist ein Erfolg für mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt: Die Arbeitszeit wird den Bedürfnissen der Unternehmen und der Beschäftigten besser gerecht.

Unternehmen müssen durch flexiblen Personaleinsatz auf punktuelle Auftragsspitzen reagieren. Hier erweist sich Zeitarbeit als wichtiges Instrument. Die Industrie ebenso wie Dienstleistungsunternehmen, die in den vergangenen Jahren einen erheblichen Beschäftigungsanstieg verzeichnen, brauchen den variablen Personaleinsatz, um am Markt bestehen zu können. Mit flexiblen Beschäftigungsformen können Unternehmen einen ausgewogenen Beschäftigungsmix realisieren und Starrheiten im deutschen Arbeitsrecht abfedern. Gerade in der Wirtschaftskrise sind in der „atmenden Fabrik“ die Stammarbeitsplätze in den Belegschaften gehalten worden.



Auch Bayerns Arbeitsministerin Christine Haderthauer warb auf dem Kongress „Deutschland hat Zukunft! Den Arbeitsmarkt ent-fesseln“ für flexible Beschäftigungsformen – München, 27. Juli 2009.

Zeitarbeit bietet für viele neue Beschäftigungschancen, insbesondere für diejenigen, die lange ohne Arbeit waren:

- 61 Prozent der neu abgeschlossenen Zeitarbeitsverhältnisse im 2. Halbjahr 2008 wurden mit Personen geschlossen, die zuvor keine Beschäftigung ausübten.
- Jeder sechste aus der Nichterwerbstätigkeit kommende Beschäftigte war länger als ein Jahr ohne Beschäftigung und jeder siebte war zuvor gar nicht beschäftigt.
- 25 Prozent aller Zeitarbeiter werden vom Kundenunternehmen übernommen, weitere 20 Prozent werden von einer anderen Firma beschäftigt.



Aktuelle Trends und Herausforderungen beim Einsatz von Zeitarbeit diskutierten auf einem Kongress vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt, der stellvertretende vbw-Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert und der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Raimund Becker – Nürnberg, 24. Februar 2010.

Teilzeit ist für viele Beschäftigte die angestrebte Lösung, um persönliche Verpflichtungen und Arbeit zu vereinbaren.

- Teilzeit ist überwiegend freiwilliger Natur. 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten wollen laut dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) keine Vollzeitbeschäftigung.
- Teilzeitbeschäftigung ist ein Hauptgrund für die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen. 44 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit. Grund ist oftmals der Mangel an flächendeckenden, staatlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten. So ist die Teilzeit eine gute Option, um Beruf und Familie zu vereinbaren.
- Rund die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen in Teilzeit.

Befristung ist Einstieg in den Arbeitsmarkt für Berufsanfänger. Für Berufseinsteiger erhöhen flexible Beschäftigungsformen die Chance zu einem schnellen Einstieg - auch in unbefristete Beschäftigung: Laut Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sind zwei Drittel der befristeten Berufseinsteiger drei Jahre nach ihrer Einstellung in unbefristeten Arbeitsverhältnissen tätig.

BLICK NACH VORNE Befristung

- Sachgrundlose Befristung eines Arbeitsverhältnisses bis zur Dauer von fünf Jahren ermöglichen
- Das Ersteinstellungsgebot ersetzen durch eine Wartefrist von sechs Monaten
- Erleichterte Befristung bereits bei drohender Arbeitslosigkeit

BLICK NACH VORNE Zeitarbeit

- 1:1-Umsetzung der EU-Zeitarbeitsrichtlinie – kein Draufsatteln
- Keine Reglementierung der konzerninternen Arbeitnehmerüberlassung – Regelungen sind Aufgabe der Tarifpartner der Zeitarbeitsbranche
- Keine erneute Begrenzung der maximalen Einsatzzeit im Kundenbetrieb
- Keine Festlegung von Höchstquoten und Einsatzzwecken
- Keine Wiedereinführung des „Synchronisationsverbots“ (Verbot einer auf den Einsatzzeitraum befristeten Einstellung von Zeitarbeitnehmern)
- Vereinfachung des Verfahrens zur Erteilung der Überlassungserlaubnis
- Abschaffung überflüssiger statistischer Meldungen
- Keine Ausdehnung der Mitbestimmungsrechte im Einsatzbetrieb

DAS POTENZIAL DER ÄLTEREN NUTZEN

Immer mehr Unternehmen nutzen das Know-how älterer Mitarbeiter. Der von der vbw mit angestoßene politische Paradigmenwechsel zu einer höheren Beschäftigung Älterer zahlt sich aus. 2008 hatte Bayern eine Erwerbsquote 55- bis 64-Jähriger von knapp 60 Prozent und damit das von der EU für 2010 gesetzte Lissabon-Ziel einer Beschäftigungsquote von 50 Prozent weit übertroffen. Heute haben die Unternehmen zur Sicherung qualifizierter Mitarbeiter wie für eine demografiefeste Gestaltung der betrieblichen Personalpolitik vielfältige Ansätze entwickelt, um mehr Ältere in Beschäftigung zu bringen oder länger im Betrieb einzusetzen. Um das Erwerbspotenzial der Älteren weiter zu erschließen, unterstützt die vbw das Sonderprogramm zur Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) der Bundesagentur für Arbeit. In Kooperation mit dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) bietet die vbw den Mitgliedern ein „Rundumpaket“ zur Qualifizierung und Weiterbildung an.

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE STÄRKEN

Nach wie vor haben junge Männer und Frauen Schwierigkeiten, einen vorübergehenden Berufsausstieg oder eine Verringerung der Erwerbstätigkeit für die Erziehung ihrer Kinder oder die Pflege von Angehörigen mit einem erfolgreichen Berufsleben zu kombinieren. In Bayern ist jede zweite Mutter mit Kindern unter zehn Jahren erwerbstätig, 80 Prozent von ihnen in Teilzeit. Die vbw setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das heißt vor allem Kinderbetreuung und Pflege, erleichtern. Bayern braucht:

- mehr und flexiblere Kinderbetreuungsangebote für die unter Dreijährigen,
- mehr Ganztageschulen,
- bessere Marktbedingungen für Familien unterstützende Dienstleistungen,
- mehr Markttransparenz sowie eine Verringerung des Steuer- und Abgabenteils sind nötig, damit Freiräume für Beruf wie für Familie entstehen.

Mit den Projekten „eff – effizient familienbewusst führen, zeitbalance Work-Life-Coaching für KMU“ und dem Leitfaden „Elternzeit und Berufsrückkehr“ gibt die vbw den Unternehmen Werkzeuge an die Hand, um den Nutzen familienfreundlicher Maßnahmen zu bestimmen und den für sie passenden Maßnahmen-Mix zu etablieren.

Eine familienbewusste Personalpolitik steigert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, aber sie ist nur dann erfolgreich, wenn die Unternehmen über Handlungsspielräume verfügen. Daher wendet sich die vbw gegen weitere bürokratische Regulierungen. Hierzu gehören aktuell auf Bundes- und EU-Ebene diskutierte Vorschläge zur Einführung verbindlicher Frauenquoten oder zur Ausweitung des Mutterschutzes. Die vbw steht im Dialog mit Multiplikatoren und Politik auf allen Ebenen, um eine teure und mehrwertlose Ausweitung bestehender Regelungen zu vermeiden.



Staatsministerin Christine Haderthauer und vbw-Präsident Rolf Rodenstock geben den gemeinsamen Startschuss für das Führungskräfteportal „eff – effizient familienbewusst führen“ – München, 06. Mai 2009.



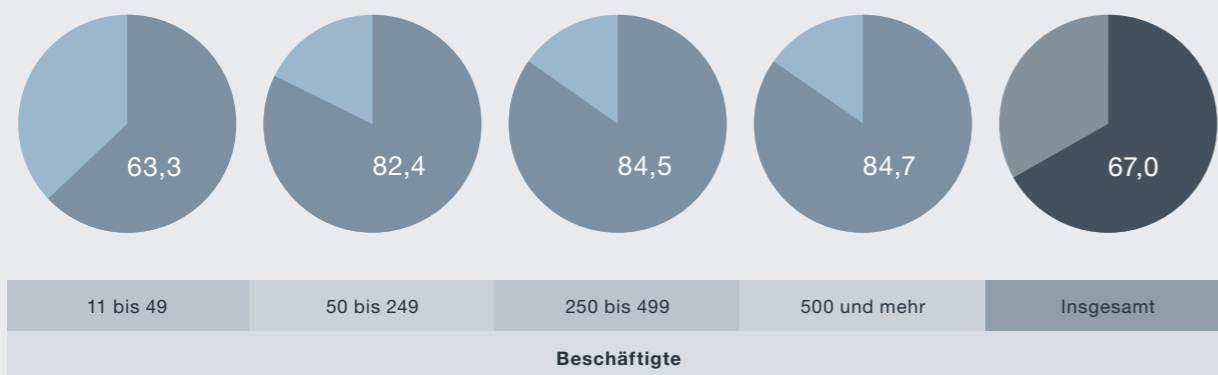
„Längerer Mutterschutz nutzt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht“. Bertram Brossardt und Staatsministerin Haderthauer erläutern in Brüssel, warum deutsche Frauen von einem ausgedehnten Mutterschutz nicht profitieren werden. Im Bild außerdem Isabel Perez-Minayo Barroso (Kabinettsprache, Zweite von links), Thomas Mann (MdEP, Dritter von rechts), Catelene Passchier (Europäischer Gewerkschaftsbund, Zweite von rechts), Steven d'Haeseleer (BusinessEurope, ganz rechts) – Brüssel, 17. März 2009.

INTEGRATION FÖRDERN

Über ihr Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) bietet die vbw auch denjenigen Menschen frühzeitig flexible und bedarfsgerechte Unterstützung an, die aufgrund individueller Beeinträchtigungen von sozialer Benachteiligung bedroht oder von einer aktiven und selbstbestimmten Teilhabe an unserer Gesellschaft ausgeschlossen sind. Die Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gemeinnützige GmbH bietet hier bayernweit Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung an.

Die dringend erforderlichen betrieblichen Flexibilitäten brauchen entsprechende arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen. Seit Jahren aber fehlt dem Gesetzgeber der Mut zu arbeitsrechtlichen Reformen. Statt zu deregulieren, wurden mit immer neuen Gesetzen unter anderem zu Pflegezeit oder Großelternzeit weitere Vorschriften geschaffen. Ein modernes, flexibles Arbeitsrecht würde die Barrieren für Neueinstellungen abbauen. Neben flexiblen Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit, Teilzeit, Befristung gehört dazu ein modernes Kündigungsschutzrecht, das sozialen Schutz mit flexiblem Personalmanagement in Einklang bringt. Die vbw setzt sich hier weiterhin für klare und rechtssichere Regelungen ein.

Zur Belegung des Arbeitsmarktes fordert die vbw eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Auch befristete Arbeitsverhältnisse erweisen sich mehr und mehr als Jobmotor. Zwei Drittel aller Unternehmen greifen auf dieses Instrument zurück (siehe Diagramme).



Befragung von 1.770 Unternehmen im Frühjahr 2008

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult



Die Vorschläge der vbw für eine Modernisierung des Arbeitsrechts diskutierte vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt im Rahmen einer bayernweiten Veranstaltungsreihe im Vorfeld der Bundestagswahl mit Vertretern der Parteien und Unternehmen. Zu Gast war auch Miriam Gruß MdB, Generalsekretärin der FDP Bayern – Augsburg, 14. Juli 2009.

Arbeitnehmerdatenschutz

Der richtige Umgang mit Fragen des Datenschutzes ist für die Unternehmen ein wichtiges Thema, das alle Beteiligten vor große Herausforderungen stellt. Die Pläne der Bundesregierung zur weiteren gesetzlichen Regulierung im Bereich Arbeitnehmerdatenschutz schießen aber eindeutig über den notwendigen Schutz hinaus.

Die vbw hat im März 2010 ein Positionspapier „Arbeitnehmerdatenschutz rechtssicher gestalten“ vorgestellt. Es enthält 14 Forderungen der bayerischen Wirtschaft, die bei einer Neuregelung des Arbeitnehmerdatenschutzes berücksichtigt werden sollen. Wichtig ist vor allem, den Arbeitnehmerdatenschutz mit Augenmaß zu gestalten. Es gilt, mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen zu erreichen und Überregulierungen zu vermeiden. Die Unternehmen müssen weiterhin die für sie notwendigen Daten erheben und verarbeiten dürfen. Insbesondere müssen Erleichterungen bei der Datenübermittlung im Konzern und in Länder außerhalb der EU geschaffen werden. Zudem benötigen die Unternehmen Rechtssicherheit bei der präventiven Korruptionsbekämpfung.



Sozialsysteme

Nachhaltigkeit garantieren

07



Die Systeme der sozialen Sicherung müssen für die Zukunft fit gemacht werden. Nicht nur unsere älter werdende Bevölkerung drängt zur Eile. Die Bundesregierung muss endlich nachhaltig umgestalten. Die letzte Gesundheitsreform verdient ihren Namen nicht, eine Reform der Pflegeversicherung wurde in der zurückliegenden Legislaturperiode nur halbherzig in Angriff genommen. Die Rente mit 67 ist beschlossen worden – sie ist jetzt aber vollständig und ausnahmslos umzusetzen. Ohne entschlossenes Umsteuern ist die soziale Sicherung bald nicht mehr finanzierbar.

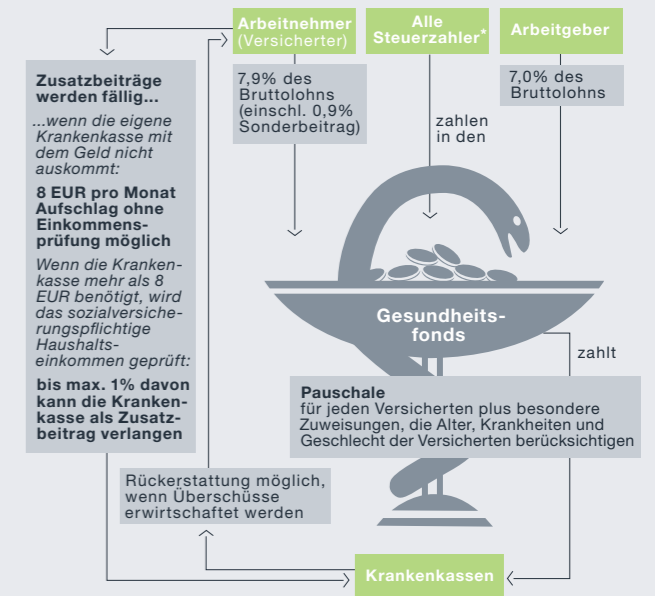


Krankenversicherung: Mit Pauschalprämien Wettbewerbsanreize schaffen

Mehr Staat, weniger Wettbewerb und höhere Beiträge sind das Ergebnis der jüngsten Gesundheitsreform. Mit dem zu Beginn des Jahres 2009 eingeführten Gesundheitsfonds müssen viele bayerische Beitragszahler höhere Beiträge zahlen, ohne dass dieses Geld in Bayern bleibt oder eine bessere medizinische Versorgung erreicht wird. Bayern wird damit zum Nettozahler im Gesundheitsfonds.

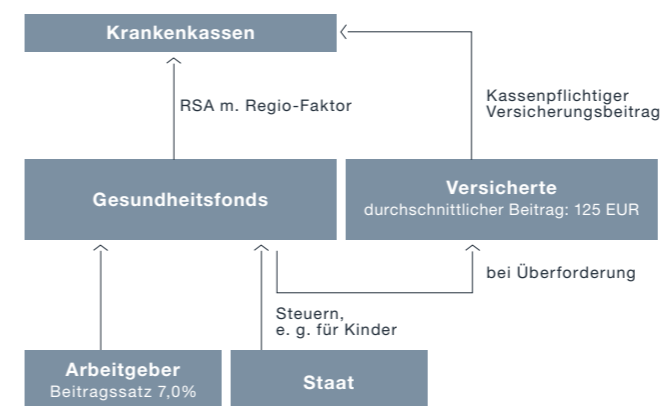
Der Gesundheitsfonds ist keine Antwort auf die Probleme im Gesundheitswesen. Das System aus Fondszuweisungen und möglichen Zusatzbeiträgen ist missglückt und verzerrt den Wettbewerb zu Lasten von Beitragszahlern und Patienten. Regionale Disparitäten werden ausgelöst.

SO FINANZIERT SICH DER GESUNDHEITSFONDS seit 1. Juli 2009



*gesellschaftliche Aufgaben werden schrittweise über Steuern finanziert
 Quelle: Bundesgesundheitsministerium, GKV-Spitzenverband

SO FUNKTIONIERT DER REGIONALE GESUNDHEITS-KOMBI



Quelle: IfG Institut für Gesundheitsökonomik

Regionaler Gesundheits-Kombi

Die vbw hat mit dem Vorschlag zur Einführung eines "Regionalen Gesundheits-Kombi" einen eigenständigen Reformvorschlag für die gesetzliche Krankenversicherung vorgelegt. Er stellt eine solide Finanzierung ohne regionale Verwerfungen und mit reduzierter Belastung der Arbeitgeber bereit. Die Arbeitgeber erhalten durch das Einfrieren ihres Beitragsanteils zur Krankenversicherung höhere Kalkulationssicherheit bei gleichzeitiger Reduzierung des administrativen Aufwands. Der Preiswettbewerb unter den Krankenkassen wird durch unterschiedliche und einkommensunabhängige Beiträge der Versicherten wieder hergestellt.

Mit dem Modell eines Regionalen Gesundheits-Kombi tritt die vbw für eine Aufrechterhaltung der hochwertigen medizinischen Versorgung in Bayern ein. Gewachsene Versorgungsstrukturen und Qualitätskonzepte im Freistaat können auf diese Weise erhalten bleiben.



vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt und Prof. Dr. Günter Neubauer von der Universität der Bundeswehr in München erläutern auf dem Kongress „Deutschland hat Zukunft!“ das Modell der vbw „Regionaler Gesundheits-Kombi“. Gast auf der Veranstaltung war auch Staatssekretärin Melanie Huml aus dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit – München, 31. August 2009.

- ### BLICK NACH VORNE
- Regionale Gesundheitskombi einführen
 - Arbeitgeberbeiträge auf heutigem Niveau dauerhaft einfrieren
 - Versichertenbeiträge vom Lohn abkoppeln
 - Krankenkassen Beitragsautonomie zurückgeben und Preiswettbewerb ermöglichen
 - Regionale Vergütungs-, Versorgungs- und Qualitätsunterschiede berücksichtigen
 - Sozialausgleich über Steuern finanzieren
 - Wettbewerbsprinzip als Ordnungsrahmen im Gesundheitssystem verankern

Rentenversicherung: Altersvorsorge zukunftsfest machen

Deutschland hat noch wenige Jahre Zeit, bis sich die Folgen des demografischen Wandels immer rascher und deutlicher zeigen. Diese Zeit gilt es zu nutzen. Im Mittelpunkt aller Reformen muss die Nachhaltigkeit stehen.

Die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ist deshalb ein wichtiger und richtiger, vor allem aber notwendiger Schritt zur langfristigen Begrenzung der Rentenausgaben und zur Anpassung der gesetzlichen Rentenversicherung an die steigende Lebenserwartung. Hierzu gibt es keine Alternative. Gleichzeitig müssen falsche Weichenstellungen korrigiert werden: Die vbw setzt sich dafür ein, dass die so genannte Rentengarantie zurückgenommen und die Einführung einer Grundrente verhindert wird.

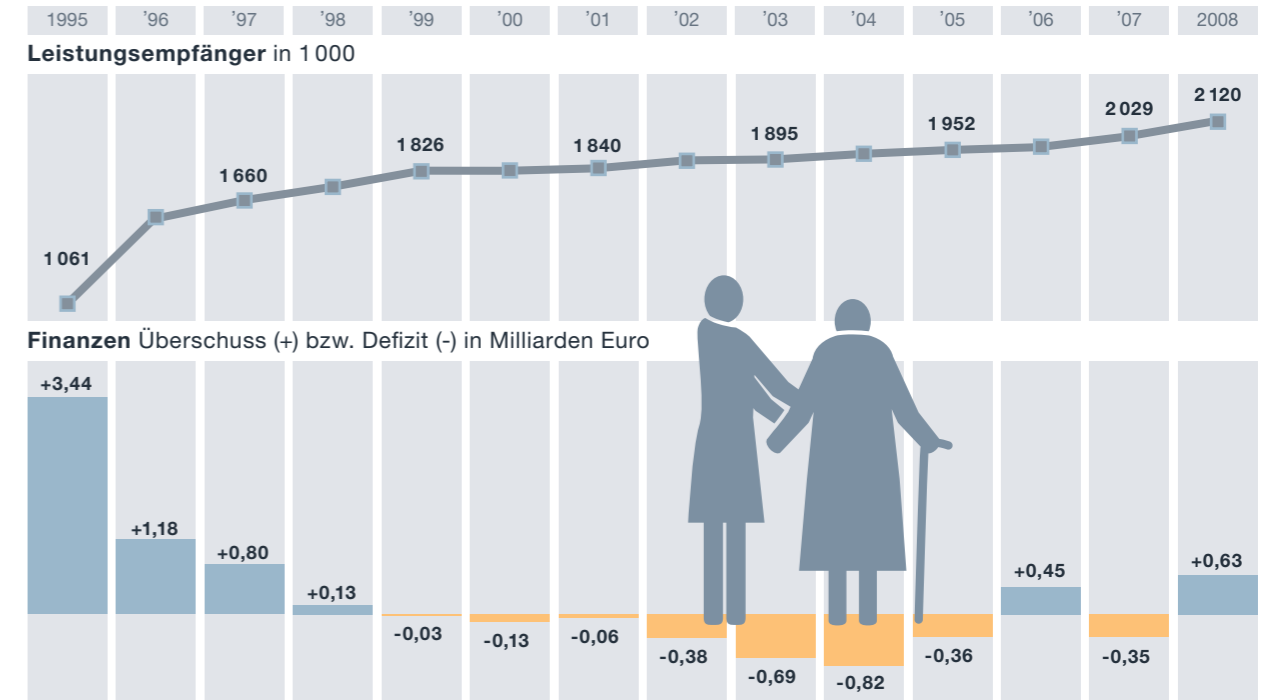
Ein Gesamtkonzept muss alle drei tragenden Säulen des Systems, die gesetzliche Rentenversicherung, die betriebliche Altersversorgung und die private Eigenvorsorge berücksichtigen. Diese sollten einander sinnvoll ergänzen. Die vbw hat hierzu ein Positionspapier „Zukunft der Alterssicherung in Deutschland“ erarbeitet und darin detailliert Lösungswege für alle drei Säulen der Alterssicherung aufgezeigt.

Pflegeversicherung: Kapitaldeckung einführen

Auch in der Pflegeversicherung ist die Zeit reif für ein Umdenken. Die vbw wird ihr Modell für eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung fortschreiben. Die Grundlage dafür hatte die vbw bereits 2004 mit ihrem lückenlosen Vorschlag für eine Systemumstellung gelegt.

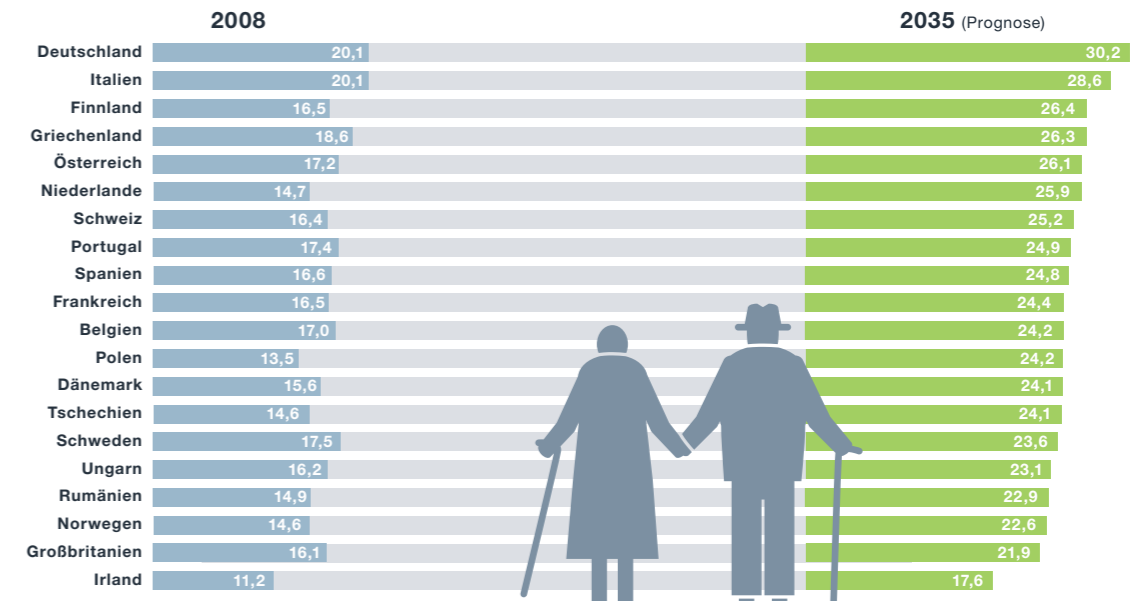
Es ist positiv, dass im Koalitionsvertrag mit der Verpflichtung der Versicherten zum Abschluss einer privaten Zusatzversicherung jetzt zumindest eine teilweise Kapitaldeckung – ein so genannter „Pflege-Riester“ – vereinbart wurde. Damit ist unser Grundgedanke politisch verankert. Taten müssen folgen.

FÜR DEN PFLEGEFALL VERSICHERT Entwicklung der gesetzlichen Pflegeversicherung



Quelle: Bundesgesundheitsministerium, GKV-Spitzenverband

EUROPA ALTERN Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung in %



ausgewählte Länder

Quelle: Eurostat

Wachstum anstoßen, Spielraum für Steuersenkung erarbeiten

Finanzmarkt- und Konjunkturkrise, sinkende Einnahmen und hohe Ausgaben für Konjunktur- und Stabilisierungsprogramme haben die öffentlichen Haushalte nicht nur in Deutschland überstrapaziert. Allein der Bund plant für 2010 eine Neuverschuldung von 80 Milliarden Euro. Bis 2016 muss er aufgrund der Schuldenbremse die Neuverschuldung um jährlich ca. 10 Milliarden Euro abbauen. Bund, Länder und Gemeinden müssen reagieren. Haushaltskonsolidierung ist dringend geboten, um künftige Generationen nicht mit überbordenden Hypotheken zu belasten und Wachstumspotenziale der Zukunft nicht zu verspielen. In der Phase der Haushaltskonsolidierung müssen wachstumsfördernde Steuersystemreformen erfolgen. Mittelfristig darf ein Ziel nicht aus dem Blick geraten: Leistung muss sich lohnen. So bald wie möglich müssen Unternehmen steuerlich entlastet und der Mittelstandsbauch im Einkommensteuertarif abgebaut werden. Steuererhöhungen zur Finanzierung der staatlichen Defizite darf es nicht geben.

STEUERREFORMEN MIT SCHWÄCHEN

Die 2007 und 2008 umgesetzten Ansätze Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform waren nur halb gelungen: Wichtigen Entlastungen standen massive Verwerfungen gegenüber. Im Vordergrund des Bundestagswahlkampfes 2009 forderte die vbw deshalb energisch den Abbau krisenverschärfender steuerlicher Belastungen von Unternehmen. Und zum Wahlkampfsschwerpunkt „einkommensteuerliche Entlastung“ brachte die vbw den Dreiklang mehr Netto, mehr Investitionsfreundlichkeit, weniger Bürokratie in die Diskussion ein.



Podiumsdiskussion der vbw zum Thema „Mehr Wachstum durch ein besseres Steuerrecht“ mit (von links) Matthias Will, Wirtschaftsredaktion Frankenpost, Hans Ulrich Gruber, Vorstand BayME Region Oberfranken-Ost; Vorstand AGO AG Energie + Anlagen, Kulmbach, Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, Stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer, vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., RA Werner Buchta, 1. Vorsitzender Bund der Selbständigen (BDS), Hof; Kanzlei Buchta – Bagnoli – von Varel, Elisabeth Scharfenberg, MdB, Vorstandssprecherin von Bündnis90/Die Grünen im Bezirk Oberfranken, Ewald Schurer, MdB, haushaltspolitischer Sprecher der Landesgruppe Bayern der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Thomas Hacker, MdL, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag – Hof, 29. Juli 2009.

2009 MIT WICHTIGEN ERGEBNISSEN

Entlastung. Das Verfassungsgericht veranlasste den rückwirkenden Wegfall der Kürzungen der Kilometerpauschale sowie die Anfang 2010 in Kraft getretene deutliche Verbesserung der Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen. Zur Krisenbewältigung gehörte die als Teil der Konjunkturpakete in Stufen umgesetzte tarifliche Entlastung in der Einkommensteuer.

Krisenentschärfung. In der Unternehmensbesteuerung hat die Wirtschaft wichtige Korrekturen der Unternehmensteuer- und der Erbschaftsteuerreform erreicht. Die große Koalition entschärfte befristet die Zinsschranke und die Regelungen zum Verlustuntergang bei Gesellschafterwechsel. Schwarz-Gelb beschloss zum Jahresende 2009 unbefristete Entschärfungen beider Instrumente, darüber hinaus wichtige Erleichterungen zu geringwertigen Wirtschaftsgütern und spürbare Verbesserungen in Bezug auf die Grunderwerbsteuer im Konzern, die gewerbsteuerliche Hinzurechnung von Mieten und Pachten sowie die erbschaftsteuerliche Behandlung von Betriebsvermögen.

Systematische Neuerungen. Für die Steuersystematik besonders wichtig sind die mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz verbundenen Änderungen am Maßgeblichkeitsprinzip, der Umbau der Kfz-Steuer vom Hubraum auf CO₂-Emissionen, verschiedene nationale und internationale Schritte zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und die Einführung der steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.



„Deutschland hat Zukunft! Mehr Wachstum durch ein besseres Steuerrecht“: Ein Finanzminister, der zuhört: Georg Fahrenschoen und Dr. Martina Baumgärtel, Vorsitzende des vbw-Steuerausschusses – München, 06. August 2009.

2010 KURS AUF WACHSTUM NEHMEN

2009 brachte wichtige steuerpolitische Ergebnisse, lief aber weitgehend im Reparaturbetrieb. Gut und richtig ist es deshalb, dass sich der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung größere steuerpolitische Reformpakete vornimmt.

BLICK NACH VORNE

Unternehmensbesteuerung

- Ersatz der steuerlichen Organschaft durch eine moderne, europagerechte Gruppenbesteuerung
- Ersatz der Gewerbesteuer durch ein kommunales Zuschlagsmodell in Einkommen- und Körperschaftsteuer; Verstetigung der Steuereinnahmen der Kommunen; Wegfall der Hinzurechnung
- Neustrukturierung der Regelungen zur Verlustverrechnung

Umsatzsteuer

- Deutliche Vereinfachung der Tarifstruktur mit Abbau der ermäßigten Steuersätze, verbunden mit einer Absenkung des Normalsatzes der Umsatzsteuer
- Deutliche bürokratische Vereinfachung für Unternehmen, speziell auch im grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb der EU
- Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen

Einkommensteuer

Mittelfristig Abbau des Mittelstandsbauches im Einkommensteuertarif durch einen geraden Tarifverlauf, verbunden mit Leistungsanreizen durch einen späteren Eintrittspunkt des Spitzentarifs

Für Unternehmen zentrale Stichworte sind

- die Gruppenbesteuerung,
- die steuerliche Behandlung von Verlusten,
- der Ersatz der Gewerbesteuer durch ein kommunales Hebesatzmodell,
- die Vereinfachung der Umsatzsteuer und ihrer Abwicklung in den Unternehmen.

Hinzu kommt das Anliegen, das Steuerrecht auch im Kleinen zu entbürokratisieren und systematisch zu vereinfachen. Zukunftsweisende Reformen auf diesen Feldern würden Deutschland als Investitions- und Wachstumsstandort deutlich stärken, ohne den Haushalt spürbar zu belasten.

Umso enttäuschender ist es, dass die neue Berliner Koalition mit einem für jedermann sichtbar von dramatischen Haushaltsnöten überschatteten Streit um Steuersenkungen und um die Form des Einkommensteuertarifs gestartet ist. Dies muss sich ändern. Die Politik muss mit den oben aufgeführten Paketen schnell, sichtbar und konsequent die zweite Hälfte des mit Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform begonnenen Weges zu einem besseren Steuersystem angehen.

BLICK NACH VORNE Steuervereinfachung / Bürokratieabbau (Beispiele)

- Abschaffung der Gebührenpflicht für verbindliche Auskünfte
- Zeitnahe Betriebsprüfung
- Verschlankung des Umfangs als steuerrelevant angesehener Unterlagen
- Vereinfachter Umgang mit elektronischen Rechnungen
- Bereinigung des Katalogs steuerfreier Einnahmen, Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrages
- Abschaffung der Dreimonatsfrist bei Verpflegungsmehraufwendungen
- Gleichklang von Lohnsteuer und Sozialversicherung bei Zuwendungen an Arbeitnehmer
- Neuregelung der regelmäßigen Arbeitsstätte
- Realitätsnähere Ergebnisse im vereinfachten erbschaftsteuerlichen Bewertungsverfahren
- Wegfall des Ergebnisabführungsvertrags als Anforderung der steuerlichen Organschaft

Umwelt- und Klimapolitik

Alleingänge verhindern

09



Die vbw steht für eine Umweltpolitik der unternehmerischen Eigenverantwortung, die praxisnah und unbürokratisch ist. Die seit vielen Jahren bestehende Kooperation zwischen dem Freistaat Bayern und der Wirtschaft zum Schutz der Umwelt hat sich besser bewährt als eine immer höhere Dichte von Gesetzen und Verordnungen. Deshalb befürwortet die vbw eine Fortschreibung des „Umweltpakts Bayern“ ab Oktober 2010 für weitere fünf Jahre. Auch die freiwillige Zusammenarbeit in der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB mbH) soll fortgesetzt werden.

KLIMASCHUTZ OHNE WETTBEWERBSVERZERRUNG

Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Daher ist ein globales Klimaschutzabkommen erforderlich. Dieses muss langfristige verbindliche Emissionsminderungsziele für alle Industrieländer enthalten. Die Schwellenländer müssen angemessene Beiträge zur Begrenzung bzw. Reduktion ihrer Emissionen leisten. Einseitige Festlegungen wettbewerbsverzerrender Reduktionsziele gefährden die energieintensive Industrie am Produktionsstandort Deutschland. Gleiches gilt ab 2013 für den europäischen Emissionshandel bei der Ausgestaltung der Regelungen zu „carbon leakage“.

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit konkreten Auswirkungen auf die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Städte- und Wohnungsbau, Verkehr, Energieerzeugung, energieintensive Produktion, Tourismus sowie Gesundheit.

Effektiver Klimaschutz, Anpassungsmaßnahmen und ökonomisches Wachstum sind grundsätzlich keine gegensätzlichen Pole. Jedes aktive Mitgestalten in Fragen des Klimaschutzes ist langfristig eine Strategie für mehr Wachstum.

POTENZIALE FÜR DIE WIRTSCHAFT

Maßnahmen für den Klimaschutz schaffen neue Märkte, zum Beispiel für Technologien zur CO₂-neutralen Energieerzeugung, CO₂-minimalen Produktion und CO₂-effizienten Waren und Dienstleistungen.

Durch eine Ausrichtung auf diese Zukunftsfelder kann Bayern seinen Vorsprung im immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb in Branchen wie Energie-, Klima- oder Umwelttechnologie ausbauen.



ROHSTOFFVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Der weltweit steigende Rohstoffbedarf, eine zunehmende Konzentration auf Anbieterseite sowie die Einschränkung der Exporte von Förderländern zum Schutz eigener Industrien stellen mittel- und langfristig eine ernsthafte Bedrohung der Wirtschaft dar. Viele Erzeugnisse der Industriebetriebe in Bayern enthalten wenig bekannte Rohstoffe, wie beispielsweise die „Seltene Erden“. Sie sind für die Funktionalität vieler Produkte unverzichtbar. Ein Engpass kann ganze Wertschöpfungsketten lahmlegen. Die vbw fordert daher, dass die Politik sich verstärkt für den Erhalt und die Öffnung von Rohstoffmärkten einsetzt sowie für die Förderung der Grundlagenforschung zum effizienteren Rohstoffeinsatz und zu Rohstoffsubstituten.

BLICK NACH VORNE

- Rohstoffmärkte erhalten und öffnen
- Unternehmen bei internationalen Rohstoffprojekten unterstützen
- Mehr Wettbewerb auf Rohstoffmärkten ermöglichen
- Illegalen Abfluss von Sekundärrohstoffen beenden
- Verwertungspotenzial von Abfällen besser nutzen
- Grundlagenforschung zum effizienten Rohstoffeinsatz und zu Rohstoffsubstituten fördern
- Zukunftsfeste Recyclingkonzepte zusammen mit der Wirtschaft entwickeln
- Möglichkeiten heimischer Rohstofflagerstätten nutzen

Verkehrspolitik

In Straße und Schiene investieren

10

Mobilität ist die Basis für Wachstum und Beschäftigung. Verkehrswege sind die Lebensadern unserer arbeitsteiligen Wirtschaft. Eine Infrastruktur ohne Engpässe dient auch dem Klimaschutz. Bedarfsgerechte, intakte und aufeinander abgestimmte Verkehrswege sind eine Voraussetzung dafür, dass unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können.

AUSBAU DER INFRASTRUKTUR

Viele Verkehrswege sind dringend erneuerungsbedürftig. Zwei von zehn Autobahnkilometern sind nur eingeschränkt befahrbar, bei den Bundesstraßen betrifft diese Einschränkung sogar drei von zehn Kilometern. Die vbw setzt sich für die volle Zweckbindung der LKW-Mauteinnahmen sowie bei Schienen der Trassenbenutzungsentgelte für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen ein. Eine Umstellung der Haushaltsfinanzierung auf eine Nutzerfinanzierung ist anzustreben bei gleichzeitiger garantierter Senkung der Verkehrssteuern (Mineralöl-, Kfz-Steuer).



VOLLSTÄNDIGE DURCHFINANZIERUNG

2009 und 2010 stehen im Rahmen der Konjunkturpakete I und II insgesamt rund vier Milliarden Euro zusätzlich für die Bundesverkehrswege zur Verfügung. Die Mittel für Erhalt und Ausbau erreichen damit 2010 erstmals seit langem die jährlich erforderliche Summe von rund 12 Milliarden Euro. Der Investitions- und Erhaltungsstau der vergangenen Jahre kann damit etwas verringert werden. Deshalb müssen die Investitionsmittel auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau verstetigt werden.



Energiepolitik

Die Versorgung garantieren

11

Für Deutschland und Bayern als energieintensives Industrieland ist eine sichere, bezahlbare und klimagerechte Energieversorgung unverzichtbar. Nur so ist eine langfristig erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung möglich. Seit Jahren fehlt bundesweit ein Gesamtenergiekonzept und damit auch die Rahmenbedingung für eine langfristige bayerische Energiepolitik.

Energiekonzept für Deutschland

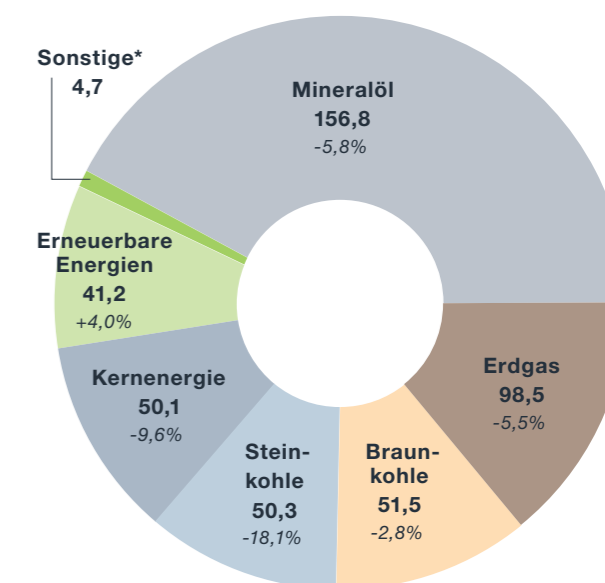
Die Bundesregierung hat für Herbst 2010 ein Gesamtenergiekonzept angekündigt. Die Diskussion um die Eckpunkte ist geprägt von der Festlegung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Offen ist die Frage der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, der zukünftige Anteil von Kohle an der Grundlastherzeugung sowie die Rolle der erneuerbaren Energien. Die vbw wird zur Energieversorgung in Deutschland im Sommer 2010 ein Gutachten vorstellen, das Szenarien für künftige Energiebedarfe und deren Deckung untersucht sowie Vorschläge für einen sicheren und finanzierbaren Energiemix macht.

Bayerische Energieversorgung zukunftsfähig gestalten

Die Kernenergie hat für Bayern besondere Bedeutung. Sie ist mit über 60 Prozent die größte Stromquelle für die öffentliche Versorgung und erzeugt zusammen mit regenerativen Energien über 80 Prozent des Stromes CO₂-frei. Damit hat Bayern den Vorteil der bundesweit niedrigsten CO₂-Emissionen pro Kopf. Aber gleichzeitig ist Bayern von den Aussagen eines bundesweiten Energiekonzeptes besonders betroffen. Bayern hat keinen unmittelbaren Zugang zu neu entstehenden Windparks in der Nord- und Ostsee. Es fehlen bislang ausreichend Hochspannungsleitungen für den Transport des Stromes. Es stellt sich die Frage, ob die bisherigen energiepolitischen Ziele Bayerns wie Versorgungssicherheit, Autarkie sowie langfristig bezahlbare Energiepreise, aufrecht erhalten werden können. Die vbw fordert eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke bei Gewährleistung ihrer hohen Sicherheit. Weitere Forderung ist ein breiter Energiemix, bei dem alle zur Verfügung stehenden Energieträger zur Energieerzeugung herangezogen werden. Außerdem muss die Netzmodernisierung vorangebracht werden. Bei der zu erwartenden stärker dezentral ausgerichteten Energieerzeugung ist eine intelligente elektronische Vernetzung – Smart Grids – notwendig. Dies ist auch wesentlich für eine Integration der Elektromobilität in das Energieversorgungssystem.

Verbrauch von Primärenergie 2009:
435,1 Millionen Tonnen SKE
(-6,5% gegenüber 2008)

davon in Mio. t SKE
Veränderung gegenüber 2008



*inkl. Außenhandel Strom
SKE = Steinkohleeinheiten

Quelle: AGEB

Chancen der Energieeffizienz nutzen

Neben Erzeugung und Transport ist eine effiziente Energienutzung von entscheidender Bedeutung. Die höchsten Effizienzgewinne lassen sich bei der energetischen Gebäudesanierung erzielen. Studien belegen, dass sich rund 90 Prozent der energetischen Sanierungsmaßnahmen rechnen. Erforderlich ist der Abbau von Investitionshindernissen zum Beispiel im Mietrecht und in technischen Vorschriften. Die vbw hat hierzu einen Arbeitskreis „energetische Gebäudesanierung“ gegründet, der sich für einen Abbau der bestehenden Markthemmnisse einsetzt. Weitere Effizienzsteigerungen sind in den Bereichen Produktion und Antriebssysteme erreichbar.

Technologienpolitik

Für die Zukunft forschen

12

Wer die besten Ideen hat und diese umzusetzen weiß, wird auch in Zukunft Erfolg haben. Das Mittelstands-Gutachten der vbw (2008) hat gezeigt, wie entscheidend die Innovationskraft für das wirtschaftliche Abschneiden eines Unternehmens ist. Wer wirtschaftliches Wachstum sichern will, muss in Forschung und Entwicklung investieren. Forschungs- und Entwicklungsausgaben müssen sowohl beim Staat als auch quer durch die gesamte Wirtschaft steigen.

BAYERISCHE PATENTALLIANZ

Innovationen müssen konsequent in der Wirtschaft umgesetzt werden – andernfalls zahlen wir die Entwicklungen, die andere Standorte nutzen. Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland zwar weit vorne, was Erfindungen und Patentanmeldungen betrifft, aber bei der Umsetzung innovativer Ideen in Produkte gibt es noch großes Verbesserungspotenzial.

Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss hier weiter gestärkt werden. Denn die Wissenschaft bietet nicht nur bei der Patentvermarktung ein bei weitem noch nicht ausgeschöpftes Innovationspotenzial. Die von der vbw mitinitiierte Bayerische Patentallianz hilft, eine starke Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu schlagen.

Wer eine sichere Zukunft will, muss in Fortschritt investieren!



Europa

In Brüssel Flagge zeigen

13

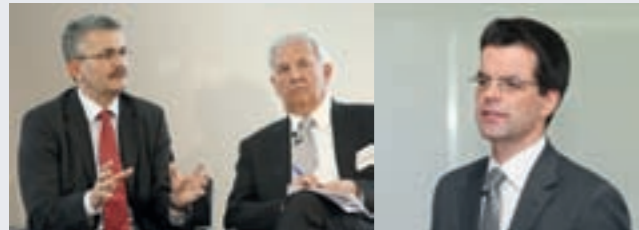


Die Europäische Union spielt für die Arbeit der vbw eine immer größere Rolle. Rund 80 Prozent der für die Wirtschaft maßgeblichen Gesetzgebung haben ihren Ursprung mittlerweile in Brüssel. Aus diesem Grund bauen wir unser Engagement in Europa weiter aus – personell und thematisch. Wir wollen die Entwicklung der Europäischen Union mitgestalten und als bayerische Wirtschaft in Brüssel präsent sein. Nur dann können wir die Chancen des europäischen Einigungsprozesses für unsere Unternehmen und unsere Mitgliedsverbände optimal nutzen.

KLARE STRATEGIEN VERFOLGEN

Wir begleiten in enger Abstimmung mit BDI und BDA die Strategie „Europa 2020“, die die Ausrichtung der Europäischen Union für die nächsten zehn Jahre festlegt und die Lissabon-Strategie ablöst. Wir schreiben unsere europapolitischen Schwerpunktthemen entsprechend der Brüsseler Agenda fort; dabei gilt unser Augenmerk allen Gesetzesvorhaben, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Bayern betreffen. So setzen wir uns zum

Beispiel dafür ein, eine europäische Regelung zum Bodenschutz zu verhindern, die das in Bayern seit Jahren funktionierende und bewährte Bodenschutzrecht aushebelt. Der Grundsatz der Subsidiarität muss in der Europäischen Union seine Gültigkeit behalten. Europa darf nicht aus Brüssel verordnet werden, sondern kann nur aus den Regionen wachsen. Statt zusätzliche Bürokratie aufzubauen, wollen wir uns in Europa für einen Wettstreit der Systeme einsetzen, der der besten Lösung zum Durchbruch verhilft.



Wie wird sich Europa künftig international positionieren und welche Rolle wird Bayern in Europa spielen? Darüber diskutierten EU-Experten und Wirtschaftsvertreter im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Starkes Bayern – Starkes Europa“, hier vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt mit Dr. Ingo Friedrich, bis 2009 Quästor und Präsidiiumsmitglied des Europäischen Parlaments (Bild links) und Dr. Ralph Solveen, Stellvertretender Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Commerzbank AG – München, 14. Mai 2009.

POSITIONEN DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT EINBRINGEN

Durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags am 1. Dezember 2009 und durch die Neubenennung der Europäischen Kommission haben sich die Rahmenbedingungen in Brüssel verändert. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments sind deutlich erweitert worden. Unser vorrangiges Ziel ist es, auch in der neuen Konstellation die Positionen der bayerischen Wirtschaft in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen.

Das gelingt uns insbesondere durch die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit den bayerischen Europaabgeordneten. Gemeinsame Veranstaltungen mit der Bayerischen Vertretung in Brüssel, zu denen wir Parlamentarier, Kommissare und Beamte aus der Europäischen Kommission zum Austausch einladen, bilden für bayerische Unternehmer die Plattform zur Interessenvertretung. Um der besonderen Bedeutung der EU Ausdruck zu geben, wird das vbw-Präsidium jährlich einmal in Brüssel tagen. Der Auftakt fand im Frühjahr 2010 statt. Bei die-

ser Gelegenheit standen die Themen Revision der Mutterschutzrichtlinie, europäische Umweltpolitik, aktuelle Entwicklungen in der Forschungs- und Innovationspolitik sowie die Grundpfeiler einer europäischen Energiepolitik auf der Agenda. Hochrangige Vertreter von Parlament und Rat stellten sich der Diskussion mit den Vertretern der bayerischen Wirtschaft.



Neue Märkte

Aus Bayern für die Welt

In Zeiten der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise legt die vbw ihr Hauptaugenmerk international auf ausländische Märkte, die der Krise trotzen und deutlich überdurchschnittliche Wachstumsraten zu verzeichnen haben. Dazu gehört neben China und Indien auch der arabische Raum.



vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt, Wirtschaftsminister Martin Zeil und der indische Handelsminister Anand Sharma bei der Pressekonferenz zum „Global India Business Meeting“ (Foto links) sowie vbw-Präsident Randolph Rodenstock mit John Kottayil (Invest in Bavaria) und Wirtschaftsminister Martin Zeil – München, 29. Juni 2010.

vbw-Präsident Randolph Rodenstock und Staatsministerin Emilia Müller mit der irakischen Delegation – München, 06. November 2009.

BLICK NACH VORNE

Perspektiven auf Auslandsmärkten

Im Frühjahr 2010 hat die vbw eine Studie mit dem Titel „Perspektiven auf Auslandsmärkten“ vorgestellt. Darin werden 20 wichtige Exportmärkte der bayerischen Wirtschaft untersucht, die kurz-, mittel- und langfristigen Perspektiven dieser Volkswirtschaften aufgezeigt und dargestellt, welche Chancen sich daraus für bayerische Unternehmen ergeben.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- Unternehmen mit Erfolg sind im Ausland aktiv.
- Das deutsche Exportmodell bleibt aktuell.
- Großes Wachstumspotenzial besteht vor allem in den Schwellenländern.
- Für die meisten Länder gilt dies bereits kurzfristig. Mittel- und langfristig gilt dies auch für die mittel- und osteuropäischen Staaten und die Vereinigten Arabischen Emirate.
- Von den globalen Entwicklungen profitieren insbesondere
 - Fahrzeugbau und Maschinenbau,
 - Energietechnik (Kraftwerkstechnik, Elektrizitätserzeugung, Elektrizitätsverteilung),
 - Umwelttechnik inkl. Versorgung und Entsorgung,
 - Medizintechnik (v. a. Elektromedizin),
 - Pharmaindustrie,
 - Automatisierung, Steuer- und Regelungstechnik.

INDIEN: WERTVOLLE KONTAKTE KNÜPFEN

Im Rahmen eines „Global India Business Meeting“ vom 28. bis 30. Juni 2009 organisierte die vbw gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, der Messe München und der Firma Horasis ein Treffen auf CEO-Level, bei dem insgesamt 250 Teilnehmer in Workshops über die Chancen Indiens nach den erfolgreichen Wahlen und in Zeiten der Krise diskutierten. Die deutschen und bayerischen Teilnehmer konnten dabei informell mit hochkarätigen Vertretern der indischen Politik und Wirtschaft in direkten Kontakt treten.

IRAK: CHANCEN FÜR ZUSAMMENARBEIT NUTZEN

Nach Saudi-Arabien verfügt der Irak über das größte Potenzial in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Grund genug für die vbw, gemeinsam mit der Deutsch-Arabischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG) zur ersten Deutsch-Irakischen Wirtschaftskonferenz einzuladen. Neben einer 50-köpfigen irakischen Delegation mit mehreren Ministern und Staatssekretären nahmen über 250 Teilnehmer aus Deutschland an dem Treffen teil. Mit dieser für Bayern einzigartigen Plattform eröffnete die vbw den zahlreichen Mittelständlern die Möglichkeit, sich aus erster Hand über konkrete Projektchancen zu informieren. Alle Teilnehmer waren sich darin einig, dass sich die Sicherheitslage im Irak weiter stabilisiert hat und damit auch grundsätzlich die Rahmenbedingungen für eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit gegeben sind.

Regionen

Sich auf allen Ebenen einbringen

Für alle sechs vbw-Bezirksgruppen standen die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Die vbw schaltet sich auf diesem Weg in ganz Bayern in den wirtschaftspolitischen Diskurs ein.

MITTELFRANKEN

Die Positionierung und der gegenseitige Austausch zur wirtschaftlichen Lage waren die zentralen Themen in Mittelfranken. In den vbw-Frühjahrs- und Herbstgesprächen traten Prof. Dr. Norbert Walter, damaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank und Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft auf. Ein besonderes Highlight war der Vortrag von Arbeitgeberpräsident Prof. Dr. Dieter Hundt beim vbw-Frühjahrsgespräch 2010. Er skizzierte, welche politischen Weichen gestellt werden müssen, um die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit den Themen Energie, der Regionalstudie Bayern 2020 sowie dem Strukturprogramm Nürnberg/Fürth. Im Dezember 2009 übergab der langjährige Vorsitzende der vbw-Bezirksgruppe Mittelfranken, Helmut Hubert, sein Amt an seinen bisherigen Stellvertreter Dr. Veit Walthelm. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde Michael Fritsch gewählt.



Neuwahl in der vbw-Bezirksgruppe Mittelfranken: Dr. Veit Walthelm (Zweiter von links) tritt die Nachfolge von Helmut Hubert (Zweiter von rechts) im Amt des Bezirksgruppenvorsitzenden an. Im Bild weiter der neue stellvertretende Vorsitzende Michael Fritsch (links) und der mittelfränkische vbw-Geschäftsführer Robert Fauser (rechts) – Nürnberg, 8. Dezember 2009.



Arbeitgeberpräsident Prof. Dr. Dieter Hundt sprach beim 7. vbw-Frühjahrsgespräch über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen im Zeichen der Krise, hier mit dem Vorsitzenden der vbw-Bezirksgruppe Mittelfranken Dr. Veit Walthelm (rechts) und Geschäftsführer Robert Fauser – Nürnberg, 25. März 2010.

MÜNCHEN-OBERBAYERN

Um der gedämpften Stimmungslage in Folge der Wirtschaftsrezession entgegenzuwirken, setzt die vbw-Bezirksgruppe München-Oberbayern vor allem positive Signale, so beispielsweise mit der Verlängerung des Kooperationsabkommens mit Wirtschaftspartnern aus Salzburg zur gemeinsamen Bewerbung der Berufsinformationsmesse BIM. Die vbw möchte auf diesem Wege den Wirtschaftsraum Südost-Bayern stärken und vor allem den Ausbildungsmarkt auf beiden Seiten der

Grenze beleben. Weiteres Highlight war die Beteiligung der vbw am Gesundheitsfestival ISARSANA in Bad Tölz mit einem Ausstellerstand und ihre Beteiligung an der Podiumsdiskussion. Der Präsident der vbw, Randolph Rodenstock, erläuterte als Gastredner auf dem Neujahrsempfang der Mühldorfer Wirtschaft, weshalb die Soziale Marktwirtschaft das einzig zukunftsfähige Wirtschaftssystem ist.

15



Salzburg und Südost-Bayern ziehen bei der Ausbildung weiter an einem Strang. Unterzeichnung der neuen Kooperation durch den Vorsitzenden der Bezirksgruppe München-Oberbayern, Thomas Benz (links), und die Salzburger Landeshauptfrau Gaby Burgstaller. In der Bildmitte der Traunsteiner Landrat Hermann Steinmaßl – Salzburg, 09. November 2009.

vbw-Präsident Randolph Rodenstock sprach auf dem Neujahrsempfang des Industrie- und Wirtschaftsverbands Mühldorf e. V. über die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft, hier mit dem Vorsitzenden des IWM, Ulrich Burkhard – Mühldorf, 17. Januar 2010.

NIEDERBAYERN-OBERPFALZ

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte starke Wirkung auf die ostbayerische Wirtschaft. Im Rahmen des 5. Wirtschaftsforums Nordoberpfalz präsentierte die vbw im Juli 2009 in Weiden das Mittelstandsgutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Katja Hessel, Bayerische Wirtschaftsstaatssekretärin, und Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw, betonten die Stärke der mittelständischen Wirt-

schaft und des Handwerks in der Oberpfalz. Die Vereinbarkeit von individueller Mobilität und Umweltschutz war Thema des Vortrags von Prof. Dr. Gernot Spiegelberg im Rahmen des Sommerforums, zu dem die vbw und der Informationskreis der Wirtschaft Regensburg im Juli 2009 einluden. Beim ersten Hochschultag Niederbayern-Oberpfalz wurden die Kontakte zwischen der Industrie und den Hochschulen vertieft.



Hochschultag Niederbayern-Oberpfalz am 24. November 2009 mit Hermann Brandl, vbw-Geschäftsführer Niederbayern-Oberpfalz, Harald Mayrhofer, Starkstrom-Gerätebau GmbH, Karl Wisspeintner, MICRO-EPSILON MESSTECHNIK GmbH & Co. KG (erste drei von links) und Vertretern der Hochschulen und Universitäten in Niederbayern und der Oberpfalz.

Der Vorsitzende der vbw-Bezirksgruppe Niederbayern-Oberpfalz, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, MdL (Mitte) auf dem Sommerforum der vbw im Gespräch mit Prof. Dr. Gernot Spiegelberg, Vice President Corporate Technology, Siemens AG (links) und Reinhard Scheid, Werkleiter Continental Automotive GmbH – Regensburg, 02. Juli 2009.

OBERFRANKEN

Mit zahlreichen Veranstaltungen bewies die vbw-Bezirksgruppe Oberfranken, dass die Krise auch Perspektiven und Chancen in sich birgt. So konnte Mut gemacht werden, dass Oberfranken gestärkt in die Zukunft blicken kann. Podiumsdiskussionen waren gute Formate, um gegensätzliche politische und wirtschaftliche Interessen zu einem Konsens zu führen, so der traditionelle Neujahrsempfang, der Wirtschaftstag und das Arbeitgeberforum der vbw. Mit diesen Aktivitäten fördert die vbw die Informationsvielfalt in der pluralistischen Gesellschaft und wirkt an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft mit.



Der Vorsitzende der vbw-Bezirksgruppe Oberfranken, Thomas Kaeser (rechts), begrüßte vbw-Präsident Randolph Rodenstock zum 7. Wirtschaftstag Oberfranken. Rodenstock sprach zum Thema „Die Soziale Marktwirtschaft – der Weg aus der Krise“ – Bad Staffelstein, 17. Juni 2009.



Neujahrsempfang der vbw-Bezirksgruppe Oberfranken mit Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg – Kulmbach, 16. Januar 2009.

SCHWABEN

Highlights der schwäbischen Veranstaltungen sind seit vielen Jahren das Herbstgespräch und der Neujahrsempfang. Beim 16. Herbstgespräch begeisterte Professor Dr. Hans-Jörg Bullinger, Präsident der Fraunhofergesellschaft, die Besucher mit seinem Vortrag „Vorsprung schaffen, Vorteile sichern – Strategien erfolgreicher Innovatoren“. Er stellte dabei Methoden des Technologie- und Innovationsmanagements vor. Auf

dem ersten schwäbischen Mittelstandstag am 10. November 2009 in Augsburg wurde deutlich, wie ausschlaggebend die Faktoren Innovation, Teilhabe an der Internationalisierung und Vernetzung mit richtigen Partnern für den Erfolg im Mittelstand sind. Der Augsburger Weihbischof Dr. Anton Losinger war Gastredner des Neujahrsempfangs 2010.



Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Schwaben der vbw, Dr. Hermann Teufel, vbw-Ehrenpräsident Senator E. h. Hubert Stärker (von rechts) und Geschäftsführer Johannes Juppe (links) begrüßten am 12. Januar 2010 vor über 700 Gästen Weihbischof Dr. Anton Losinger zum traditionellen Neujahrsempfang der schwäbischen Wirtschaft im Augsburger Rathaus.

Prof. Dr. Hans-Jörg Bullinger, Präsident der Fraunhofergesellschaft, stellte auf dem 16. vbw-Herbstgespräch Methoden des Technologie- und Innovationsmanagements vor – Augsburg, 16. Oktober 2008.

UNTERFRANKEN

Die Bezirksgruppe Unterfranken beschäftigte sich in öffentlichkeitswirksamen Großveranstaltungen insbesondere mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, so zum Beispiel im 7. Aschaffener Herbstgespräch mit dem Sprecher des Vorstands der HypoVereinsbank, Dr. Theodor Weimer, und mit dem Präsidenten des Rheinisch-Westfälischen Instituts

für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt. Schmidt referierte auf dem 16. Forum für Zukunftsfragen über die Chancen, die die Wirtschaftskrise bietet. Weiterer Schwerpunkt war das Superwahljahr 2009, in dem die vbw in öffentlichen Veranstaltungen ihre Positionen zu den Themen Arbeitsmarkt, Europa und Steuerrecht darlegte.



Karl-Heinz Burkhart, stv. Vorsitzender der vbw-Bezirksgruppe Unterfranken, begrüßte Dr. Theodor Weimer, Sprecher des Vorstands der HypoVereinsbank AG und Country Chairman Germany der UniCredit Group (links) zum 7. Aschaffener Herbstgespräch. Weimer sprach zum Thema „Wirtschaftsperspektiven 2010 – Gemeinsam aus der Krise“ – Aschaffenburg, 05. November 2009.



16. Forum für Zukunftsfragen: Über die Chancen, die die Wirtschaftskrise bietet, diskutierten Michael Bischof (links), Geschäftsführer der vbw-Bezirksgruppe Unterfranken und Wolfgang Fieber, Vorsitzender der vbw-Bezirksgruppe Unterfranken mit Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (rechts), Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) – Bad Neustadt/Saale, 23. November 2009.

Kommunikation

Erfolgreich argumentieren

16



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Soziale Marktwirtschaft muss sich immer wieder gegen Zweifler behaupten. Daher ist eine überzeugende Kommunikation gefordert. Die Botschaft, wie erfolgreich die Unternehmen der Krise getrotzt und viele Arbeitsplätze gehalten haben, ist in der Öffentlichkeit angekommen. Gleiches gilt für den klaren Standpunkt der vbw in den zentralen politischen Fragen, mit dem sie für die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft eintritt. Die vbw hat ihre Stimme in TV, Radio, Print und Internet geltend gemacht und war in den Medien so oft präsent wie nie zuvor.

STARKE MEDIALE PRÄSENZ

Vor allem die erneut hohe Präsenz der vbw-Spitzenvertreter in den elektronischen Medien hat Aufmerksamkeit erzeugt. So diskutiert Präsident Randolph Rodenstock immer wieder in der „Münchner Runde“ des Bayerischen Fernsehens über aktuelle politische Themen: im Januar 2009 mit Bayerns damaligem DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser und Finanzminister Georg Fahrenschon über die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung und im Januar 2010 zum Thema „Neues Jahr, alter Streit. Ist Bayern in guten Händen?“ Mitdiskutanten waren hier Ministerpräsident Horst Seehofer, die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth und der bayerische evangelische Landesbischof Johannes Friedrich. Im Februar 2010 war Rodenstock Gast bei BR-alpha: „Kapitalismus in der Kritik – Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise im Spiegel von Wirtschaft und Wissenschaft“ lautete der Titel der Sendung. Auch mit großen Interviews in Tages- und Wochenzeitungen lenkt die vbw die Aufmerksamkeit auf die Lage der bayerischen Wirtschaft.



vbw-Präsident Randolph Rodenstock diskutierte am 10. Februar 2010 mit namhaften Wissenschaftlern auf BR-alpha über das Thema „Kapitalismus in der Kritik – Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise im Spiegel von Wirtschaft und Wissenschaft“.

Feste Bestandteile im Terminkalender der Journalisten sind die Pressekonferenzen von vbw-Präsident Randolph Rodenstock zur Lage der bayerischen Wirtschaft. Der 2007 entwickelte vbw-Index zeigt an, in welche Richtung sich die bayerische Wirtschaft bewegt. Pressegespräche zu anderen wichtigen wirtschaftspolitischen Entwicklungen ergänzen das „tägliche Brot“ der Pressearbeit, bei dem sich die vbw in Interviews, Meldungen und Kurzstatements über Agenturen zu zahlreichen politischen Themen zu Wort meldet.



Vorstellung des vbw-Index zur konjunkturellen Lage in Bayern. vbw-Präsident Randolph Rodenstock steht dem Fernsehen Rede und Antwort – München, 7. April 2009.



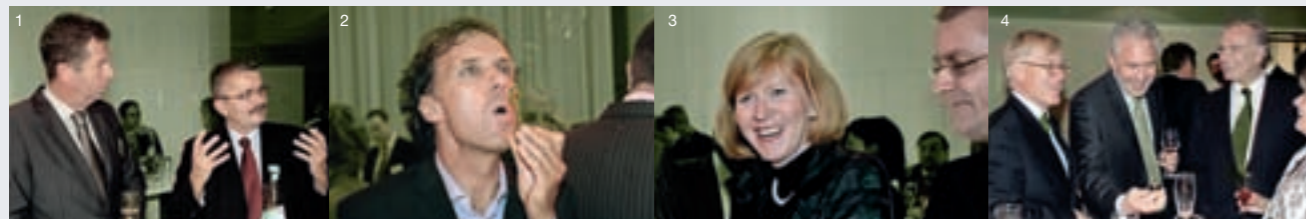
Mit Journalisten im Gespräch: Bertram Brossardt und Ekkehard Mayr-Bülow (Sat.1, „Live für Bayern“).

BREITE THEMENPALETTE

Darüber hinaus pflegt die vbw über verschiedene weitere Formate engen Kontakt zu den Medien. So haben beispielsweise Journalistenseminare das Ziel, Pressevertreter tiefer in die Materie mitzunehmen und die Verbände wie ihre Vertreter als erste Ansprechpartner zu platzieren. Zuletzt fanden Journalistenseminare mit Professor Dr. Günther Neubauer zum Gesundheitsfonds, mit dem „Wirtschaftsweisen“ Professor Dr. Christoph M. Schmidt zur konjunkturellen Lage, mit Professor Dr. Michael Hüther zu den Aufgaben der neuen Bundesregierung und mit Professor Dr. Bernd Raffelhüschen zur Zukunft der Sozialsysteme statt.

Der Kontaktpflege außerhalb des Tagesgeschäfts dienen die Medienausschuss-Sitzungen, in denen Vertreter aus Unternehmen und Verbänden mit Persönlichkeiten aus der Medienbranche, zum Beispiel mit leitenden Re-

dakteuren aus Funk, Fernsehen und Print über aktuelle Entwicklungen in der Medienlandschaft diskutieren. Mit Andreas Scherer, dem Vorsitzenden des Verbands der Bayerischen Zeitungsverleger, Jutta Steinhoff, Landesbüroleiterin Bayern der dpa Deutsche Presseagentur GmbH sowie dem Medienberater Michael Spreng konnten wieder interessante Gesprächspartner gewonnen werden. Außerdem stattete der Medienausschuss am 24. Juni 2009 der Süddeutschen Zeitung in ihrem neuen Sitz in München-Steinhausen einen Besuch ab, um sich über die künftigen Schwerpunkte des Blattes in der Wirtschaftsberichterstattung zu informieren. Der Kontaktpflege dienten auch die beliebten Medien-Sommertreffs, die in den Jahren 2008 und 2009 unter dem Motto „Österreich“ bzw. „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ standen.



„60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“. Unter diesem Motto stand der Medien-Sommertreff 2009, bei dem die vbw unter anderem den Leiter der Zentralstelle Corporate Communications der Siemens AG, Stephan Heimbach (Bild 3) und seine Frau, die heutige Regierungssprecherin Sabine Heimbach sowie Dr. Manfred Ahlers vom ZDF-Landesstudio Bayern (Bild 1) begrüßen konnten. BR-Reporter Rudi Erhard (Bild 2), das Mitglied des vbw-Ehrensenats Dr. Paul Siebertz, Dr. Andreas Bönke (Bayerisches Fernsehen) und Randolph Rodenstock (Bild 4) waren guter Dinge – München, 17. September 2009.



Conferencier Michael Müller unterhielt Medienvertreter, Unternehmer und Verbandsvertreter auf dem Medien-Sommertreff 2008, der unter dem Motto „Österreich“ stand – München, 19. September 2008.

Bertram Brossardt im Gespräch mit Birgit Harpath, Bayerischer Rundfunk (Foto links) bzw. Hans Oberberger, Antenne Bayern (Foto rechts).

Jürgen Hofmann (Sat.1 Bayern) und Alexander Kain (Passauer Neue Presse).

KONGRESSREIHE „DEUTSCHLAND HAT ZUKUNFT!“

Auch mit den jüngsten Veranstaltungen der Kongressreihe „Deutschland hat Zukunft!“ schaltet sich die bayerische Wirtschaft in aktuelle politische Debatten ein. Die Vorschläge des Aktionsrats Bildung zum Thema „Geschlechterdifferenzierung im Bildungswesen“ (März 2009) und „Bildungsautonomie: Zwischen Regulierung und Eigenverantwortung“ (März 2010) skizzierten wesentliche politische Handlungsfelder und haben eine intensive Diskussion in Gang gebracht (siehe auch das Kapitel zur Bildung). Auch andere „Deutschland hat Zukunft!“-Kongresse, zum Beispiel zur Pflege (Juni 2008), zum Bürokratieabbau (Juni 2009) und zur Finanzkrise bzw. zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung (Dezember 2008 und Januar 2010) fanden großen öffentlichen Widerhall. Die gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise wieder sehr aktuelle Frage, wie sich die Soziale Marktwirtschaft modernisieren und für die Zukunft erhalten lässt, griff der Kongress „Deutschland hat Zukunft! Markt, Freiheit, Gerechtigkeit“ am 3. Juli 2009 auf. Dass es für die deutsche Industrie gerade in und nach der Wirtschaftskrise und ungeachtet internationaler Kritik keine Alternative zur weiteren Internationalisierung gibt, machte der Kongress „Deutschland hat Zukunft! Industrie ist Zukunft!“ am 24. März 2010 deutlich.



Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft: vbw-Präsident Randolph Rodenstock mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, auf dem Kongress „Deutschland hat Zukunft! Markt, Freiheit, Gerechtigkeit“ – München, 3. Juli 2009.



vbw-Präsident Randolph Rodenstock (Bild oben), vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt und Wirtschaftsminister Martin Zeil referierten auf dem Kongress „Deutschland hat Zukunft! Industrie ist Zukunft!“ über die globalen Zukunftstrends und die Bedeutung einer starken Exportstellung unserer Wirtschaft – München, 24. März 2010.



Vladimir Špidla, von 2004 bis 2010 EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, war Gast des 23. Bayerischen Wirtschaftsgesprächs am 12. Mai 2009. Er referierte über die „Europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik in Zeiten der Globalisierung“.

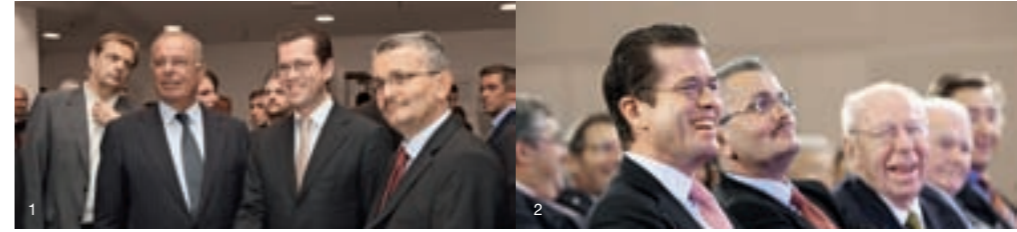
Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, Gast des 22. Bayerischen Wirtschaftsgesprächs, verdeutlichte: „Der Mittelstand ist die tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft“ – München, 6. Mai 2009.

BAYERISCHE WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE

Die Bayerischen Wirtschaftsgespräche sind seit zehn Jahren das Scharnier zwischen Verband, Politik und Öffentlichkeit und finden entsprechend große Resonanz. So konnte die vbw die Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg und Rainer Brüderle, den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, den damaligen EU-Kommissar Vladimir Špidla sowie Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil im hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft begrüßen.



„Soziale Marktwirtschaft – ein Erfolgsmodell auch in schwieriger Zeit“. Die Besucher des 21. Bayerischen Wirtschaftsgesprächs lauschten interessiert den Ausführungen des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer zu diesem Thema – München, 17. Februar 2009.



24. Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg. Guttenberg sprach über „die Rolle von Markt und Staat in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ – München, 22. Juni 2009. Im Bild Freiherr zu Guttenberg mit Präsident Randolph Rodenstock und Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt (Bild 1) bzw. mit vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt neben den vbw-Ehrenpräsidenten Senator E. h. Hubert Stärker und Erich Sennebogen sowie dem bbw-Vorsitzenden Professor Günther G. Goth (Bild 2).



Der Präsident der vbw, Randolph Rodenstock, begrüßte am 22. Februar 2010 Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle zum 25. Bayerischen Wirtschaftsgespräch. „Wettbewerb – Schwungrad für Innovation und Wachstum“ lautete der Titel von Brüderles Vortrag.

ONLINE-PRÄSENZ

Wichtiger Dreh- und Angelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit der vbw ist das Internet-Portal. Dort finden vbw-Mitglieder ebenso wie Meinungsmacher, Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit aktuelle Informationen und die Positionen der bayerischen Wirtschaft.

In den vergangenen Monaten hat das Portal ein neues Gesicht erhalten. Auf der Startseite gibt die vbw einen Überblick über ihre Aktivitäten und die Themen, die für die bayerische Wirtschaft aktuell relevant sind. Neue Navigationselemente führen den Nutzer schnell zu den gesuchten Informationen.

Seit 2010 verbreitet die vbw ihre Positionen verstärkt auch multimedial, um noch mehr Menschen mit den Botschaften und Anliegen der bayerischen Wirtschaft zu erreichen. Dazu gehören Aktivitäten in soziale Netzwerken genauso wie spezielle Online-Kampagnen und Filme: So wurden das 25. Bayerische Wirtschaftsgespräch mit Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle und der vbw-Empfang zum zweiten Ökumenischen Kirchentag im Frühjahr 2010 live im Internet übertragen.

Aus unserem Kalender

17

JUNI 2008 Deutschland hat Zukunft! Wirtschaftsfaktor Pflege – Chancen und Herausforderungen	JUNI 2008 Wahlfreiheit konkret!? Familien- politik im Spannungsfeld zwi- schen Wunsch und Wirklichkeit	FEBRUAR 2009 Konjunkturpakete I und II: Umsetzung der Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung
MÄRZ 2009 Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken – Erfolg durch europ. Maßnahmen, Diskussionsabend in Brüssel mit EU-Kommissar Špidla	APRIL 2009 Vorsprung Bayern – Starkes Bayern, starkes Europa: Poten- ziale einer offenen Arbeitswelt	APRIL 2009 Europäische Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Gemeinsame Ver- anstaltung mit dem Landesverband Bayr. Omnibusunternehmen (LBO)
APRIL 2009 Der europäische Markt – Chancen und Herausforderungen	MAI 2009 Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit EU-Kommissar Špidla	MAI 2009 Europa in der Welt – Die Globalisierung nützt uns allen
JUNI 2009 Bayerisches Wirtschafts- gespräch mit Bundeswirtschafts- minister Dr. zu Guttenberg	JUNI 2009 Deutschland hat Zukunft! Nachhaltiger Bürokratieabbau als Konjunkturprogramm	JULI 2009 Deutschland hat Zukunft! Den Arbeitsmarkt entfesseln
JULI 2009 Starke Familien: Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft	JULI 2009 Deutschland hat Zukunft! Markt, Freiheit und Gerechtigkeit	JULI 2009 Bayerischer Energietag – Wirtschaft pro Klima ein starker Partner für erfolgreiche Lösungen

AUGUST 2009 Die Auswirkungen des Gesundheitsfonds – eine erste Bestandsaufnahme	OKTOBER 2009 Bayerischer Patenttag mit Bayerischer Patentallianz	NOVEMBER 2009 Carbon Footprint: Ein Wettbe- wertsvorteil für Unternehmen?
NOVEMBER 2009 Energiebeschaffung: Ein Stand- ort- und Wettbewerbsfaktor!	FEBRUAR 2010 Bayerisches Wirtschaftsge- spräch mit Bundeswirtschafts- minister Brüderle	MÄRZ 2010 Deutschland hat Zukunft! Industrie ist Zukunft
APRIL 2010 Vorsprung Bayern – Der Mittel- stand, Motor regionaler Entwicklung in Mittelfranken	APRIL 2010 ELENA-Verfahren – Was müssen Unternehmen beachten?	APRIL 2010 Deutschland hat Zukunft! Zukunft mit Zeitarbeit
APRIL 2010 1. Münchener Tag des Familienunternehmens	MAI 2010 Deutschland hat Zukunft! Wirtschaft 2035	

Bildungsrisiken und -chancen im Globalisierungsprozess – Jahresgutachten 2008 des Aktionsrats Bildung, 03/2008

Mut zur Familie. Rahmenbedingungen schaffen, Vielfalt wahrnehmen, 12/2008

Wettbewerb im Gesundheitswesen. Handlungsleitlinien für eine zukunftsfähige Krankenversicherung, 01/2009

Personalkosten – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten, INFO Recht Broschüre (auch in englischer Sprache), 02/2009

Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem – Jahresgutachten 2009 des Aktionsrats Bildung, 03/2009

Starkes Bayern – Starkes Europa: Zwölf Wege in eine erfolgreiche Zukunft, 04/2009

Datenschutz im Arbeitsverhältnis, Leitfaden, 06/2009

Einführung in das Arbeitsrecht der betrieblichen Altersversorgung, INFO Recht Broschüre, 04/2009

Deutschland hat Zukunft: Moderne Infrastruktur, 06/2009 (Neuaufgabe 12/2010)

Deutschland hat Zukunft: Moderne Energie- und Klimapolitik, 06/2009 (Neuaufgabe 09/2010)

Deutschland hat Zukunft: Anforderungen an eine moderne Umweltpolitik, 06/2009 (Neuaufgabe 12/2010)

Bayern: Starke Wirtschaft – Starke Gesellschaft! Daten und Fakten zur Lebensqualität, 07/2009

Strategie für einen nachhaltigen Bürokratieabbau, 07/2009

Insolvenzen und eine Kreditklemme im Mittelstand verhindern: Ein Vorschlag zur adäquaten Bilanzierung, Gutachten Prof. Dr. Kaserer, TU München, 11/2009

Der Regionale Gesundheits-Kombi – Mehr Gesundheit durch eine alternative Finanzierung der Krankenversicherung, 12/2009

Mehr Exzellenz an bayerischen Hochschulen – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen, 12/2009

Reformbedarf und Reformoptionen im Finanzdienstleistungssektor – Lehren aus der Finanzmarktkrise, Gutachten Prof. Dr. Kaserer, TU München, 01/2010

Arbeitslandschaft 2030 - Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, Deutschland-Studie, 01/2010

Arbeitslandschaft Bayern 2030 – Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, 01/2010

Der Regionale Gesundheits-Kombi. Berechnungen zum Finanzvolumen eines sozialen Ausgleichs in der Krankenversicherung, 01/2010

Die UN-Klimakonferenz von Kopenhagen – Ergebnisse und Bewertungen, 01/2010

Börsenumsatz- und Finanztransaktionssteuer: Pro und Contra, 01/2010 (Neuaufgabe 06/2010)

Elternzeit und Berufsrückkehr, 02/2010

Arbeitnehmerschutz rechtssicher gestalten, 02/2010

Die Obama-Fee: Kein Weg für Deutschland, 03/2010

Bildungsautonomie: Zwischen Regulierung und Eigenverantwortung - Jahresgutachten des Aktionsrats Bildung 2010, 03/2010

Perspektiven auf Auslandsmärkten, Studie der Roland Berger Strategy Consultants GmbH im Auftrag der vbw, 03/2010

Personalkosten – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten, INFO Recht Broschüre (auch in englischer Sprache), 03/2010

Handbuch Sozialversicherung 2010, 04/2010

Jobmotor Zeitarbeit nicht abwürgen, 04/2010

Vorsprung Bayern – Mittelfranken: Erfolg und Zukunftspotenziale am Beispiel von Stadt und Landkreis Ansbach, 04/2010

ELENA-Verfahren zügig reformieren, 05/2010

Modernisierung des Insolvenzrechts, 06/2010

Deutschland hat Zukunft! Mit der Industrie aus der Krise, 06/2010

Arbeitswelt 2015: Neue Beschäftigungsstrukturen – neue Chancen, 06/2010

Arbeitsmarkt neu gestalten: Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus der Arbeitslandschaft 2030, 06/2010

vbw – Mitgliedsverbände

A

Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e. V.
www.produzentenallianz.de

Arbeitgeberverband Bayerischer Papierfabriken
www.baypapier.com

Arbeitgeberverband der Bekleidungsindustrie Aschaffenburg und Unterfranken e. V.
www.agv-bekleidung-aschaffenburg.de

Arbeitgeberverband der Cigarettenindustrie

Arbeitgeberverband der Deutschen Glasindustrie e. V.
www.agvglas.de

Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland e. V.
www.agv-vers.de

Arbeitgeberverband für die Land- und Forstwirtschaft in Bayern e. V.
www.agv-bayern.de

Arbeitgebervereinigung Bayerischer Energieversorgungsunternehmen

Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Ernährungswirtschaft e. V.
www.abe-bayern.de

B

Baustoff Recycling Bayern e. V.
www.baustoffrecycling-bayern.de

bavAIRia e. V.
www.bavairia.net

Bayerischer Automaten-Verband e. V.
www.bavev.de

Bayerischer Bankenverband e. V.
www.bayerischer-bankenverband.de

Bayerischer Bauernverband
www.bayerischerbauernverband.de

B

Bayerischer Bauindustrieverband e. V.
www.bauindustrie-bayern.de

Bayerischer Brauerbund e. V.
www.bayrisches-bier.de

Bayerischer Brennstoff- und Mineralölhandels-Verband e. V.
www.bbm.v.de

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e. V.
www.bhg-online.de

Bayerischer Industrieverband Steine und Erden e. V.
www.steine-erden-by.de

Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V.
www.bvsw.de

Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V.
www.ziegel.com

Bayerisches Dachdeckerhandwerk, Landesinnungsverband
www.dachdecker.net

Bestatterverband Bayern e. V.
www.bestatterverband-bayern.de

Big Number e. V.
www.bignumber.de

Börsenverein des Dt. Buchhandels, Landesverband Bayern e. V.
www.buchhandel-bayern.de

Bund der Selbständigen, Deutscher Gewerbeverband, Landesverband Bayern e. V.
www.bds-bayern.de

Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie, Landesverband Bayern

Bundesverband der Gablonzer Industrie e. V.
www.gablonzer-industrie.de

Bundesverband Medizintechnologie e. V.
www.bvmed.de

B

Bundesverband der Systemgastronomie e. V.
www.bundesverband-systemgastronomie.de

Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e. V.
www.inkasso.de

Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V.
www.bdv.de

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V.
www.bpa.de

D

Deutscher Dialogmarketing Verband e. V.
www.ddv.de

Deutscher Hausfrauen-Bund e. V., Landesverband Bayern e. V.
www.dhb-bayern.de

Die Familienunternehmer - ASU e. V.
www.asu.de

SPECTARIS – Dt. Industrieverband f. optische, medizinische und mechatronische Technologien e. V.
www.spectaris.de

F

Fachverband Deutscher Floristen, Landesverband Bayern e. V.
www.fdf.de

Fachverband Metall Bayern
www.fachverband-metall-bayern.de

Fachverband Sanitär, Heizungs- und Klimatechnik, Bayern
www.haustechnikbayern.de

F

Fachverband Schreinerhandwerk Bayern, Landesinnungsverband
www.schreiner.de

H

Handelsverband BAG Bayern e. V.
www.bag-bayern.de

I

Industrieverband für Korbwaren und Korbmöbel, Kinderausstattung und Kinderwagen e. V.

Industrieverband Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik Bayern, Sachsen und Thüringen e. V.
www.ihks-suedost.de

Industrieverband Schreiben, Zeichnen, Kreatives Gestalten e. V.
www.ewima-isz.de

Interessengemeinschaft süddeutscher Unternehmer e. V.
www.isu-online.de

Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e. V.
www.ig-zeitarbeit.de

K

Kommunaler Arbeitgeberverband Bayern e. V.
www.kav-bayern.de

L

**Landesinnung Bayern für Orthopädie-
Schuhtechnik**

www.liostbayern.de

**Landesinnungsverband Bayern für das
Gebäudereiniger-Handwerk**

www.gebaeudereiniger-innung-bayern.de

**Landesinnungsverband für das bayerische
Elektrohandwerk**

www.liv-elektro-bayern.de

Landesverband Bayerischer Bauinnungen

www.lbb-bayern.de

**Landesverband Bayerischer Omnibus-
unternehmen. e. V.**

www.lbo-online.de

Landesverband Bayerischer Spediteure e. V.

www.bayerischespediteure.de

**Landesverband Bayerischer Transport- und
Logistikunternehmen e. V.**

www.lbt.de

**Landesverband Bayern der genossen-
schaftlichen Großhandels- und
Dienstleistungsunternehmen e. V.****Landesverband der Campingplatzunternehmer
in Bayern e. V.**

www.camping-in-bayern.info

**Landesverband des Bayerischen
Einzelhandels e. V.**

www.lbe.de

**Landesverband Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen in Bayern e. V.**

www.lfw-bayern.de

**Landesverband Groß- und Außenhandel,
Vertrieb und Dienstleistungen Bayern e. V.**

www.lgad.de

S

**Sozialrechtliche Vereinigung der
deutschen Hutindustrie**

U

Unternehmersverband bayerisches Handwerk

www.dasbayerischehandwerk.de

V

**vbm – Verband der Bayerischen Metall-
und Elektro-Industrie e. V.**

www.vbm.de

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e. V.

www.v-b-l.de

Verband Bayerischer Papierfabriken e. V.

www.baypapier.com

Verband Bayerischer Zeitungsverleger e. V.

www.vbzv.de

**Verband der Bayerischen Energie- u.
Wasserwirtschaft e. V.**

www.vbew.de

**Verband der Bayerischen Entsorgungs-
unternehmen e. V. Kreislaufwirtschaft
und Städtereinigung**

www.vbs-ev.de

**Verband der Bayerischen Papier,
Pappe und Kunststoff verarbeitenden
Industrie e. V.**

www.baypapier.com

**Verband der Bayerischen Textil- und
Bekleidungsindustrie e. V.**

www.vtb-bayern.de

**Verband der Chemischen Industrie e. V.,
Landesverband Bayern**

www.chemie-kvi-bayern.de

**Verband der deutschen Rauchtobak-
industrie e. V.**

www.verband-rauchtobak.de

**Verband der Holzindustrie und Kunststoff-
verarbeitung Bayern-Thüringen e. V.**

www.hdh-ev.de/bayern

V

**Verband der Holzwirtschaft und Kunststoff-
verarbeitung Bayern/Thüringen e. V.**

www.vhkbt.de

Verband der Keramischen Industrie e. V.

www.keramverband.de

**Verband der Kunststoff verarbeitenden
Industrie in Bayern e. V.**

www.kvi-bayern.de

**Verband der privaten Kranken-
versicherung e. V.**

www.pkv.de

**Verband der Privatkanneanstalten
in Bayern e. V.**

www.vpka-bayern.de

**Verband der Zimmerer- und
Holzbauunternehmer in Bayern e. V.**

www.zimmerer-bayern.com

**Verband des Kraftfahrzeuggewerbes
Bayern e. V.**

www.kfz-bayern.de

**Verband Deutscher Maschinen- und
Anlagenbau e. V., Landesverband Bayern**

www.vdma.org

**Verband Deutscher Verkehrsunternehmen,
Landesgruppe Bayern**

www.vdv.de

Verband Druck und Medien Bayern e. V.

www.vdmb.de

Verband Freier Berufe in Bayern e. V.

www.freieberufe-bayern.de

**Verband für die Oberflächenveredelung
von Aluminium e. V.**

www.voa.de

**Verband für Land- u. Baumaschinentechnik
in Bayern**

www.agrartechnik.de

**Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatz-
bau Bayern e. V. (VGL)**

www.galabau-bayern.de

V

**Verein der Bayerischen Chemischen
Industrie e. V.**

www.chemie-kvi-bayern.de

W

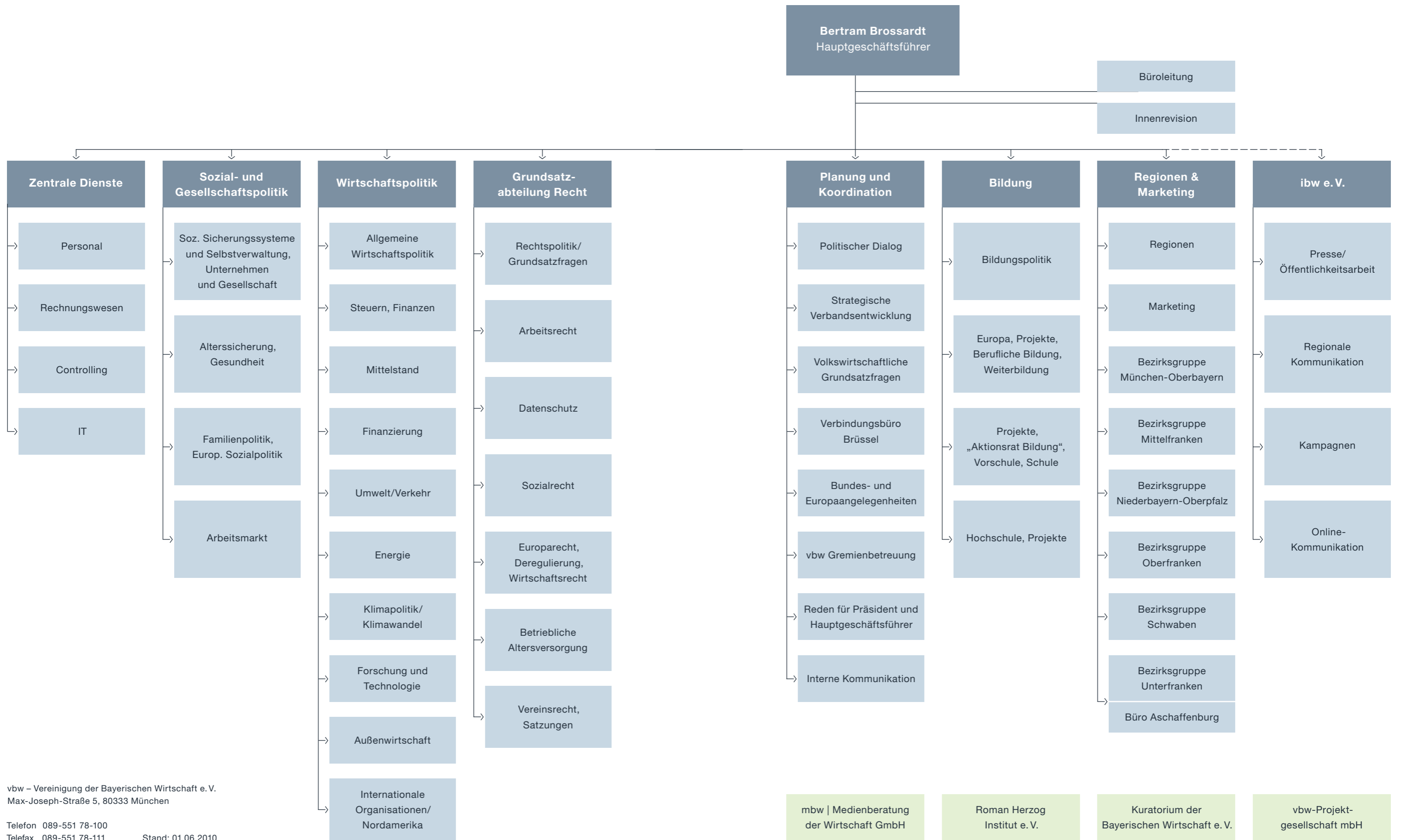
**Werkfeuerwehrverband Bayern
Arbeitsgemeinschaft betrieblicher
Brandschutz e. V.**

www.werkfeuerwehrverband-bayern.de

Z

**Zentralverband Elektrotechnik- und
Elektronikindustrie e. V., Landesstelle Bayern**

www.bayern.zvei.org



vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.
Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Telefon 089-551 78-100
Telefax 089-551 78-111 Stand: 01.06.2010

Impressum

DER ZUKUNFT ZUGEWANDT

Bilanz und Positionen 2010/2011

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089-551 78-100
Telefax 089-551 78-111
www.vbw-bayern.de

Redaktion

Andreas Ebersperger
ibw – Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Gestaltung und Produktion

Wächter & Wächter
Worldwide Partners. Advertising

Druck

Schneider Printmedien GmbH, Weidhausen

Bildnachweis

vbw, ibw, Globus Infografik GmbH,
gettyimages, iStockphoto



vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089-551 78-100
Telefax 089-551 78-111
E-Mail info@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de